

VOLKER EPPING

Die Außenwirtschafts- freiheit

Jus Publicum

32

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum öffentlichen Recht

Band 32



Volker Epping

Die Außenwirtschaftsfreiheit

Mohr Siebeck

Volker Epping, geboren 1959; Studium, Promotion (1992) und Habilitation (1996) an der Ruhr-Universität Bochum.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Epping, Volker:

Die Außenwirtschaftsfreiheit / Volker Epping. – Tübingen: Mohr
Siebeck, 1998

(Jus publicum; Bd. 32)

ISBN 3-16-146987-9

978-3-16-158086-4 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 1998 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Times-Antiqua belichtet, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0941-0503

Vorwort

Die vorliegende Studie wurde im Wintersemester 1996/97 von der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum als Habilitationsschrift angenommen. Rechtsprechung und Literatur konnten bis Juni 1997 nachgetragen werden.

Das Erstgutachten hat mein akademischer Lehrer, Herr Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Knut Ipsen, gefertigt. In den Jahren meiner Tätigkeit an seinem Lehrstuhl hat er meinen wissenschaftlichen Werdegang angeregt, gefördert und stets fürsorglich begleitet. Hierfür danke ich ihm aufrichtig. Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Rolf Grawert bin ich für die Erstellung des Zweitgutachtens zu Dank verpflichtet. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat durch die Gewährung eines Habilitandenstipendiums sowie die Übernahme des Druckkostenzuschusses maßgeblichen Anteil an der Entstehung und der Publikation dieser Untersuchung. Dank schulde ich schließlich meinen Freunden und Kollegen, die durch Rat und Tat ebenfalls das Erscheinen des Werkes gefördert haben. Ausdrücklich genannt seien zum einen Herr Dr. Hermann Butzer und Herr Dr. Ulrich Haltern LL.M., die durch ihre stete Diskussionsbereitschaft den notwendigen wissenschaftlichen Austausch gewährleisteten. Für ihre Hilfestellung habe ich zum anderen Frau Anja John, Frau Alexandra Schauer und Herrn Georg Findeisen zu danken. Sie haben unaufgefordert und uneigennützig sämtliche Manuskripte in gewohnter Zuverlässigkeit Korrektur gelesen.

Herrn Dr. Franz-Peter Gillig gebührt Dank für die Aufnahme der Studie in die Schriftenreihe „Jus Publicum“ und – stellvertretend für den Verlag Mohr Siebeck – für die exzellente Betreuung und die unproblematische Zusammenarbeit.

Gewidmet ist die Schrift meiner Familie, namentlich meiner Frau Ursula. Sie war mir eine stete Stütze, die mit mir zusammen die unterschiedlichsten Phasen der Arbeit durchschritten und mir trotz wachsender Familie den Rücken für die Anfertigung dieser Untersuchung freigehalten hat. Meinem Sohn Fabian-Alexander, der oftmals seinen – wenn auch zuweilen nur mental – abwesenden Vater entbehrte, danke ich für sein Verständnis. Meine Eltern haben durch ihren selbstlosen familiären Einsatz ebenfalls großen Anteil an der Fertigstellung dieser Untersuchung „just in time“.

Dortmund, im März 1998

Volker Epping

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XX
Einleitung	1

Erster Teil

Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Außenwirtschaftsfreiheit

9

A. Die grundrechtsdogmatische Verortung der Außenwirtschaftsfreiheit .	10
I. Art. 2 Abs. 1 GG als das Grundrecht der (Außen-)Wirtschafts- bzw. Unternehmensfreiheit	11
II. Die speziellen Grundrechtsgewährleistungen der außenwirtschaftlichen Handlungsfreiheit	66
III. Resümee: Die grundrechtliche Gewährleistung der Außenwirtschaftsfreiheit	162
B. Die Träger der Außenwirtschaftsfreiheit	165
I. Natürliche Personen	165
II. Juristische Personen	176
C. Die ‚Wirkkraft‘ der grundrechtlich gewährleisteten Außenwirtschaftsfreiheit	189
I. Reichweite und Grenzen des grundrechtlichen Schutzes	189
II. Grundrechtsbindung der Europäischen Gemeinschaften	193
III. Geringerer grundrechtlicher Schutz bei Sachverhalten mit Auslandsbezug?	207
IV. Grenzen der Grundrechtseinschränkung	223
V. Resümee: Die ‚Wirkkraft‘ der grundrechtlich gewährleisteten Außenwirtschaftsfreiheit	236
D. Weitere außenwirtschaftsrelevante Grundentscheidungen der Verfassung	237
I. Das Rechtsstaatsprinzip	239

II. Das Sozialstaatsprinzip	272
III. Art. 109 Abs. 2 GG	274
E. (Kurz-)Resümee	285

Zweiter Teil

Außenwirtschaftsfreiheit und Eingriff

– Konkretisierung der Außenwirtschaftsfreiheit durch das AWG –

287

A. Freiheitsgrundsatz und Beschränkungsermächtigungen nach dem AWG	288
I. Die Verordnungsermächtigungen	288
II. Die Einfuhrliste (§ 10 AWG)	430
III. Die Einzelaktsermächtigung (§ 2 Abs. 2 AWG)	459
IV. Resümee: Die AWG-Beschränkungssystematik	474
B. Die Kontrolle von Dienstleistungen im Ausland	477
I. § 7 Abs. 3 AWG als Form des Außenwirtschaftsverkehrs – Kompatibilität des Regelungsbereichs innerhalb der gesetzlichen Ermächtigung?	479
II. Die verfassungs- und völkerrechtliche Zulässigkeit der Genehmigungspflicht von Rechtsgeschäften und Handlungen im Ausland	481
C. Die Beschränkung abgeschlossener Verträge	491
I. Begrenzung der Beschränkungsbefugnis	491
II. Vereinbarkeit mit Art. 14 GG	495
III. Gemeinschaftsrechtliche und gemeinschaftsrechtlich determinierte Beschränkungen	514
IV. Resümee: Die Beschränkung abgeschlossener Verträge	531
D. Anspruch auf Aufhebung außenwirtschaftsrechtlicher Beschränkungen	533
I. Die Exekutive als Anspruchsgegner	533
II. Der Bundestag als Anspruchsgegner	545
E. Resümee: Die Beschränkung der Außenwirtschaftsfreiheit nach dem AWG	556

*Dritter Teil*Die Außenwirtschaftsfreiheit im Kontext von Gemeinschaftsrecht
und Völkerrecht

559

A. Gemeinschaftsrecht	560
I. Der innergemeinschaftliche Wirtschaftsverkehr	560
II. Der Wirtschaftsverkehr mit Drittstaaten	567
III. Der Schutz der Außenwirtschaftsfreiheit durch den EuGH	575
IV. Resümee: Die ‚Verstärkung‘ der Außenwirtschaftsfreiheit durch das Gemeinschaftsrecht	594
B. Völkerrecht	596
I. Völkerrechtlicher Individualschutz und Außenwirtschaftsfreiheit	596
II. Das Internationale Wirtschaftsrecht – Die WTO	598
Schlußbetrachtung	625
Zusammenfassung/Ergebnisse	629
Literaturverzeichnis	642
Stichwortverzeichnis	691

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XX
<i>Einleitung</i>	1

Erster Teil

Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Außenwirtschaftsfreiheit

9

<i>A. Die grundrechtsdogmatische Verortung der Außenwirtschafts- freiheit</i>	10
I. Art.2 Abs.1 GG als das Grundrecht der (Außen-)Wirtschafts- bzw. Unternehmensfreiheit	11
1. Art.2 Abs.1 GG als das Grundrecht der allgemeinen Handlungs- freiheit	17
a) Freie Entfaltung der ‚Persönlichkeit‘	21
b) Das geschlossene Wertsystem des Grundrechtsteils des Grundgesetzes	26
c) Der historisch-genetische Befund	29
aa) Geschichtslosigkeit des geschlossenen Wertsystems?	29
bb) Auslegung der Grundrechte in der Tradition deutscher Verfassungen? – Die Bonner Grundrechte als ‚Zäsur‘	35
cc) Die Genese des Art.2 Abs.1 GG	38
dd) Schlußfolgerungen aus der Genese und Resümee	39
2. Art.2 Abs.1 GG und die thematisierten Freiheitsgrundrechte	43
a) Die Unternehmensfreiheit	45
aa) Abkoppelung der unternehmerischen Dispositionsfreiheit von den thematisierten wirtschaftlichen Freiheitsgrundrechten? ...	47
bb) Die Unternehmensfreiheit als Innominatfreiheit?	54

b) Kernbereichsschutz	57
aa) Kernbereichsschutz über Art. 19 Abs. 2 GG?	57
bb) Kernbereichsschutz über die ausübungsrechtliche Verbindung der thematisierten wirtschaftlichen Freiheitsgrundrechte	60
cc) Der Kernbereich der Unternehmensfreiheit als Bestandteil der Menschenwürde	63
II. Die speziellen Grundrechtsgewährleistungen der außenwirtschaftlichen Handlungsfreiheit	66
1. Art. 12 Abs. 1 GG	68
2. Art. 14 Abs. 1 GG	73
a) Das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb	74
aa) Das Unternehmen als ‚Sach- und Rechtsgesamtheit‘	76
bb) Umfang der Rechtspositionen des eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebs	79
cc) Kundenstamm und Geschäftsbeziehungen – Chancen	83
dd) Erwerbswirtschaftlicher Substanzschutz?	88
b) Vertragliche Beziehungen	89
c) Die außenwirtschaftsrechtliche Genehmigung	97
d) Das Verhältnis zu Art. 12 Abs. 1 GG	103
3. Art. 11 Abs. 1 GG	107
a) Die Freizügigkeit i. S. des Art. 11 GG	108
b) Art. 11 GG als nudum ius? – Die wirtschaftsrechtliche Relevanz der Freizügigkeit	110
aa) Das Freizügigkeitsrecht in seiner historisch-genetischen Entwicklung	112
bb) Das Freizügigkeitsrecht im verfassungsrechtlichen Kontext ...	116
(1) Das Verhältnis zu Art. 14 GG	117
(2) Das Verhältnis zu Art. 3, 33 und 12 GG	118
cc) Die wirtschaftsrechtliche Bedeutung des Art. 11 GG	119
c) Ortswechsel	120
aa) Elemente des ‚freien Zugs‘	121
bb) Kriterien des Ortswechsels	123
d) Einreise- und Ausreisefreiheit	124
aa) Einreisefreiheit	125
bb) Ausreisefreiheit	129
(1) Der Staatssicherheitsvorbehalt	130
(2) Die Auswanderungsfreiheit	132
e) Internationalisierung der Freizügigkeit	134
aa) Offene Staatlichkeit	136
bb) Konsequenzen der offenen Staatlichkeit für das Verständnis des Art. 11 GG	140
f) Die Bedeutung des Art. 11 GG für die Außenwirtschaftsfreiheit (Resümee)	141

4. Art.9 GG	142
5. Die Vertragsfreiheit	149
6. Die Wettbewerbsfreiheit	151
7. Art.3 Abs.1 GG	153
a) Die ‚Willkür-Formel‘	154
b) Die ‚neue Formel‘	156
III. Resümee: Die grundrechtliche Gewährleistung der Außenwirtschaftsfreiheit	162
<i>B. Die Träger der Außenwirtschaftsfreiheit</i>	165
I. Natürliche Personen	165
1. Ausländer	165
2. EU-Ausländer	170
II. Juristische Personen	176
1. Inländische juristische Personen	176
2. Ausländische juristische Personen	180
3. Juristische Personen der EU-Mitgliedstaaten	183
4. Wesensmäßige Anwendbarkeit	184
<i>C. Die ‚Wirkkraft‘ der grundrechtlich gewährleisteten Außenwirt- schaftsfreiheit</i>	189
I. Reichweite und Grenzen des grundrechtlichen Schutzes	189
II. Grundrechtsbindung der Europäischen Gemeinschaften	193
III. Geringerer grundrechtlicher Schutz bei Sachverhalten mit Aus- landsbezug?	207
1. ‚Näher zum Grundgesetz‘	209
2. Völkerrechtsfreundlichkeit und offene Staatlichkeit	212
3. Gemeinwohlvorbehalt und Grundpflichten	214
4. Risikogedanke	222
IV. Grenzen der Grundrechtseinschränkung	223
1. Gesamtbetrachtung?	226
2. Art.23 Abs.1 S.1 GG versus Wesensgehalt?	231
3. Verfassungspolitische Betrachtung	234
V. Resümee: Die ‚Wirkkraft‘ der grundrechtlich gewährleisteten Außenwirtschaftsfreiheit	236

<i>D. Weitere außenwirtschaftsrelevante Grundentscheidungen der Verfassung</i>	237
I. Das Rechtsstaatsprinzip	239
1. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	240
2. Vertrauensschutz und Rechtssicherheit	245
a) Voraussehbarkeit	248
b) Außenwirtschaftliches Risiko?	250
c) Überleitungsproblematik	254
d) <i>Exkurs</i> : Die außenwirtschaftsrechtliche Genehmigung	257
aa) Zulässigkeit von Nebenbestimmungen	259
(1) Befristung	260
(2) Widerrufsvorbehalt	263
(3) ‚Ausfuhrnaher Zeitpunkt‘	264
(4) Bedingung	266
bb) Widerruf	266
(1) Widerruf durch Verordnung?	267
(2) Entschädigung	271
cc) Rücknahme	271
II. Das Sozialstaatsprinzip	272
III. Art. 109 Abs. 2 GG	274
1. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht	275
2. Rechtliche Relevanz für den einzelnen Unternehmer	279
<i>E. (Kurz-)Resümee</i>	285

Zweiter Teil

Außenwirtschaftsfreiheit und Eingriff

– Konkretisierung der Außenwirtschaftsfreiheit durch das AWG –

287

<i>A. Freiheitsgrundsatz und Beschränkungsermächtigungen nach dem AWG</i>	288
I. Die Verordnungsermächtigungen	288
1. Systematik und Relevanz	289
2. Der Parlamentsvorbehalt und die Bestimmtheitstrias	298
a) Der Parlamentsvorbehalt	301
b) Die Bestimmtheit der Ermächtigung gemäß Art. 80 Abs. 1 S. 2 GG	312

3. Die Bestimmtheitstrias und die (allgemeinen) Beschränkungs- ermächtigungen	316
a) Erfüllung zwischenstaatlicher Vereinbarungen (§ 5 AWG)	319
aa) Friedensbedrohungen in der jüngeren Praxis des Sicherheits- rates der Vereinten Nationen	322
bb) ‚Ausbrechende‘ Rechtsakte?	325
cc) Bestimmtheitstrias und Zustimmungsgesetz	328
b) Abwehr schädigender Einwirkungen aus fremden Wirtschafts- gebieten (§ 6 AWG)	331
aa) § 6 Abs. 1 AWG	331
bb) § 6 Abs. 2 AWG	338
c) Schutz der Sicherheit und der auswärtigen Interessen (§ 7 AWG) ...	339
aa) Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland (§ 7 Abs. 1 Nr. 1 AWG)	340
bb) Friedliches Zusammenleben der Völker (§ 7 Abs. 1 Nr. 2 AWG)	345
(1) Das friedliche Zusammenleben der Völker i.S. des Art. 26 Abs. 1 S. 1 GG	345
(2) Orientierung des materialen Friedensverständnisses	349
cc) Auswärtige Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland (§ 7 Abs. 1 Nr. 3 AWG)	355
(1) „auswärtige Beziehungen“	356
(2) „erhebliche Störung“	360
dd) Bestimmbarkeit über § 7 Abs. 2 AWG	365
(1) Deduktion des Begriffs ‚insbesondere‘	366
(2) Die Genese des § 7 AWG	367
(3) Bestimmbarkeit über die ‚Tendenz‘ des § 7 Abs. 2 AWG? ..	371
(4) Begrenzung des Anwendungsbereichs durch §§ 5 und 6 AWG?	373
(a) Das Verhältnis zu § 5 AWG	373
(b) Das Verhältnis zu § 6 AWG	376
4. Der Befund – Auswege?	377
a) Die außenpolitische Handlungsfähigkeit	380
b) Entscheidungsprärogative	381
aa) Die Lehre vom Beurteilungsspielraum	382
bb) Der Beurteilungsspielraum im Kontext der neueren Judikatur des BVerfG	384
cc) <i>Exkurs</i> : Der außenwirtschaftsrechtliche Beurteilungs- spielraum	387
(1) Rechtstatsächlicher Beurteilungsspielraum	389
(2) Beurteilungsspielraum und Grundrechte	392
(3) Funktionell-rechtlicher Ansatz	393
(4) Rechtsschutz	395
c) Bestimmtheitstrias und parlamentarischer Zustimmungsvorbehalt	398
aa) Zustimmungsverordnungen als „dritte Form der Recht- setzung“	399

bb) Das Aufhebungsrecht gemäß § 27 Abs. 2 AWG	400
(1) ‚Mitwirkung‘ des Bundestages?	401
(2) Kompensation der fehlenden ‚Voraussehbarkeit‘?	404
(a) Die Voraussehbarkeitsformel	404
(b) Der funktionell-rechtliche Ansatz / Grundrechts- verwirklichung und Grundrechtssicherung durch Organisation und Verfahren	407
(c) Kriterien für den Grundrechtsschutz durch Verfahren	410
(3) Umgehung der Mitwirkung des Bundesrates?	412
(a) Zustimmungspflichtigkeit (Art. 80 Abs. 2 GG)?	413
(b) Mitwirkung des Bundesrates gemäß § 27 Abs. 1 S. 1, 2 AWG	413
(c) Erforderlichkeit der Mitwirkung	414
(4) Vereinbarkeit mit Art. 80 GG (im übrigen)?	416
(a) Art. 80 Abs. 2, 109 Abs. 4 S. 4 GG	418
(b) Durchbrechung der Gewaltenteilung?	419
(c) Verantwortungszurechenbarkeit	421
(d) Formstrenge	423
(e) Die ‚Tradition‘ parlamentarischer Zustimmungs- und Aufhebungsrechte	425
5. Resümee: Die Bestimmtheit der allgemeinen Beschränkungs- ermächtigungen	427
II. Die Einfuhrliste (§ 10 AWG)	430
1. Der Textbefund des Art. 80 Abs. 1 GG	433
2. Die Einfuhrliste als ‚parlamentsloses Parlamentsgesetz‘	435
a) Die Einfuhrliste als verordnungssubidiäres Gesetz?	441
b) Art. 129 Abs. 3 GG	445
3. Der Telos des Art. 80 Abs. 1 GG	448
4. Der historisch-genetische Befund	449
a) Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee	450
b) Der Parlamentarische Rat	451
5. Unabweisbares Entlastungsinteresse?	453
6. Resümee: Die Einfuhrliste als verfehlt Durchbrechung des Grundsatzes der Außenwirtschaftsfreiheit	457
III. Die Einzelaktsermächtigung (§ 2 Abs. 2 AWG)	459
1. „Verordnungsvertretende“ Anordnungen	460
2. Wiederholende Einzelfallanordnung	464
3. Die Bestimmtheit des § 2 Abs. 2 AWG	466
a) Der strafrechtliche Bestimmtheitsgrundsatz	469
b) Der allgemeine Bestimmtheitsgrundsatz	470
IV. Resümee: Die AWG-Beschränkungssystematik	474

<i>B. Die Kontrolle von Dienstleistungen im Ausland</i>	477
I. § 7 Abs. 3 AWG als Form des Außenwirtschaftsverkehrs – Kompatibilität des Regelungsbereichs innerhalb der gesetzlichen Ermächtigung?	479
II. Die verfassungs- und völkerrechtliche Zulässigkeit der Genehmigungspflicht von Rechtsgeschäften und Handlungen im Ausland	481
1. Der räumliche Geltungsbereich der deutschen Rechtsordnung	481
2. Der räumliche Geltungsbereich und die personal- und sachbezogene Anwendbarkeit der Rechtsordnung	483
3. Die Gebietsbezogenheit der Genehmigung	486
<i>C. Die Beschränkung abgeschlossener Verträge</i>	491
I. Begrenzung der Beschränkungsbefugnis	491
1. „Abgeschlossene Verträge“	491
2. Altvertragsklausel	493
II. Vereinbarkeit mit Art. 14 GG	495
1. Enteignung?	497
a) Die abstrakt-formale Abgrenzung	501
b) Gefahrenabwehr und Finalität des Eingriffs	505
2. Ausgleichspflichtige Inhaltsbestimmung?	508
a) Entschädigungslosigkeit der Inhaltsbestimmung	509
b) Die Inhaltsbestimmung als Überleitungsfrage	510
III. Gemeinschaftsrechtliche und gemeinschaftsrechtlich determinierte Beschränkungen	514
1. Nationale Maßnahmen zur Durchführung von Gemeinschafts- recht	515
a) Konstitutiver nationaler (Durchführungs-) Akt?	515
b) Nationale Durchführungsmaßnahmen und das gemeinschaftsrecht- liche Wiederholungsverbot	519
2. Parallele nationale Kompetenz?	526
a) Gemeinschaftsrechtliche Embargokompetenz	527
b) Nationale Embargokompetenz	529
IV. Resümee: Die Beschränkung abgeschlossener Verträge	531

<i>D. Anspruch auf Aufhebung außenwirtschaftsrechtlicher Beschränkungen</i>	533
I. Die Exekutive als Anspruchsgegner	533
1. Anspruch auf Verordnungserlaß	534
a) Normerlaß im Interesse der Allgemeinheit?	535
b) Das Gewaltenteilungsprinzip	537
c) Die verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle gemäß §47 VwGO ..	537
2. Individualschützender Charakter	542
3. Durchbrechung des Aufhebungsgebots	543
II. Der Bundestag als Anspruchsgegner	545
1. Handlungsmöglichkeiten des Bundestages	545
2. Anspruch auf (gesetzliches) Tätigwerden	548
<i>E. Resümee: Die Beschränkung der Außenwirtschaftsfreiheit nach dem AWG</i>	556

Dritter Teil

Die Außenwirtschaftsfreiheit im Kontext von Gemeinschaftsrecht und Völkerrecht

559

<i>A. Gemeinschaftsrecht</i>	560
I. Der innergemeinschaftliche Wirtschaftsverkehr	560
1. Der Gemeinsame Markt	560
2. Die Gemeinsame Agrarpolitik	565
II. Der Wirtschaftsverkehr mit Drittstaaten	567
1. Die Einfuhr	568
2. Die Ausfuhr	572
III. Der Schutz der Außenwirtschaftsfreiheit durch den EuGH	575
1. Die wirtschaftsbezogenen Gemeinschaftsgrundrechte	576
a) Die Eigentums- und Berufsfreiheit	576
b) Zulässigkeit der Begrenzung	579
2. Rechtssicherheit und Vertrauensschutz	585
3. Außervertragliche Haftung	588
a) Haftung für normatives Handeln	588
b) Haftung für rechtmäßiges Handeln	591
c) Entschädigungsjunktim?	593
IV. Resümee: Die ‚Verstärkung‘ der Außenwirtschaftsfreiheit durch das Gemeinschaftsrecht	594

<i>B. Völkerrecht</i>	596
I. Völkerrechtlicher Individualschutz und Außenwirtschaftsfreiheit	596
II. Das Internationale Wirtschaftsrecht – Die WTO	598
1. Unmittelbare Anwendbarkeit	601
2. Geltung und Vorrang des WTO-Rechts gegenüber dem Gemein- schaftsrecht	603
a) Schutzmaßnahmen	607
b) Der WTO-Streitbeilegungsmechanismus	611
c) Flexibilität der Normen	613
d) Ausblick	615
3. Individualwirksamkeit	621
 <i>Schlußbetrachtung</i>	 625
 <i>Zusammenfassung/Ergebnisse</i>	 629
 Literaturverzeichnis	 642
 Stichwortverzeichnis	 691

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.D.	außer Dienst
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
ABC-Waffen	Atomare, biologische und chemische Waffen
AbfG	Abfallgesetz
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
ADV	Anti-Dumpingverordnung
AG	Amtsgericht
AgrarR	Agrarrecht
ähnl.	ähnlich
AI Art. VI	Agreement on Implementation of Article VI GATT 1994
AJIL	American Journal of International Law
AktG	Aktiengesetz
AL	Ausfuhrliste
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AÖR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
AS	Agreement of Safeguards
ASchO	Allgemeine Schulordnung
ASCM	Agreement on Subsidies and Countervailing Measures
ASV	Anti-Subventionsverordnung
AtomG	Atomgesetz
AuslG	Ausländergesetz
AVR	Archiv des Völkerrechts
AW	Außenwirtschaft
AW-Prax	Außenwirtschaftliche Praxis
AWACS	Airborne early warning and control system
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AWV	Außenwirtschaftsverordnung
Az.	Aktenzeichen
BAFA	Bundesausfuhramt
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAnz	Bundesanzeiger
BauGB	Baugesetzbuch
Bay	Bayern, bayerischer
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerf	Bayerische Verfassung
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof

BayVerfGHE	Sammlung der Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	Betriebs-Berater
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bd.	Band
BDGV	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
Beil.	Beilage
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BGSG	Gesetz über den Bundesgrenzschutz
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BImSchG	Bundesimmissionsschutzgesetz
BR.	Bundesrat
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BT	Bundestag
Bull.	Bulletin
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
C-Waffen	chemische Waffen
CMLR	Common Market Law Review
CoCom	Coordinating Committee
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
dies.	dieselbe, dieselben
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
Diss. iur.	juristische Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
Doc.	Document
Dok.	Dokument
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DR	Decisions and Reports
Drs.	Drucksache
DSB	Dispute Settlement Body
DSiJG	Veröffentlichungen der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft e.V.
DSU	Dispute Settlement Understanding
dt.	deutsch(e)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
E	Entscheidung(en)
EA	Europa-Archiv
EAGV	Vertrag zu Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EALR	Einleitung zum Allgemeinen Landrecht für die preußischen Staaten

ebd.	ebenda (das vollständige Zitat findet sich zumindest auf der vorhergehenden Seiten)
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaften, Europäische Gemeinschaft
EG-VO	EG-dual-use-Verordnung 3381 / 94
EGKS	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EJIL	European Journal of International Law
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EPIL	Encyclopedia of Public International Law
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ESVGH	Entscheidungssammlung des Hessischen und des Baden-Württembergischen Verwaltungsgerichtshofs
EU	Europäische Union
EuG	Europäisches Gericht erster Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGHE	Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Gerichts erster Instanz
EuGRZ	Europäische Grundrechte Zeitung
EuR	Europarecht
EUV	Europäischer Unionsvertrag
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EVGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- & Steuerrecht
f.	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	fortfolgende
FG	Finanzgericht
Fn.	Fußnote(n)
FreizügigkeitsG	Freizügigkeitsgesetz
GA	General Assembly
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
gem.	gemäß
GenTG	Gentechnikgesetz
GewArch	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GO	Geschäftsordnung
GrdLfg.	Grundlieferung
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Habil.	Habilitation
HADDEX	Handbuch der Deutschen Exportkontrolle
Hess	Hessen, hessisch
HessPresseG	Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse
HGB	Handelsgesetzbuch

HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
Hrsg.	Herausgeber
hrsgg.	herausgegeben
HS.	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts
HuV-I	Humanitäres Völkerrecht-Informationsschriften
i.d.F.	in der Fassung (vom)
i.E.	im Ergebnis
i.S.	im Sinne
i.ü.	im übrigen
i.V.	in Verbindung
ICJ	International Court of Justice
IGH	Internationaler Gerichtshof
insbes.	insbesondere, insbesondere
IPbpR	Internationaler Pakt für bürgerliche und politische Rechte
IPR	Internationales Privatrecht
IPwskR	Internationaler Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
JA	Juristische Arbeitsblätter
JIR	Jahrbuch für Internationales Recht
JK	Jura (Juristische Ausbildung) Kartei
JMBI.	Justizministerialblatt
JÖR	Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht
KMK-HSchR	Informationen zum Hochschulrecht, Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz
KOM	Kommission
KStZ	Kommunale Steuer-Zeitschrift
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KWKG	Kriegswaffenkontrollgesetz
LG	Landgericht
lit.	littera
LVG	Landesverwaltungsgericht
m.N.	mit Nachweisen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MdB	Mitglied des Bundestages
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MOG	Gesetz zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisation
n.F.	neue Fassung
NATO	North atlantic treaty organization
NB	Negativbescheinigung
NHI	Neues Handelspolitisches Instrument
NippGrR	Hans Carl Nipperdey, Die Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No.	Number
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NTIR	Nederlands Tijdschrift voor International Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

NW	Nordrhein-Westfalen
NWVB1.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OLG	Oberlandesgericht
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGE	Sammlung der Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
ÖZöRV	Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht und Völkerrecht
Parl.Rat	Parlamentarischer Rat
ParlR	Parlamentarischer Rat
PCIJ	Permanent Court of International Justice
PIPR	Plenarprotokolle
Proc.	Proceedings
Rd.Erl.	Runderlaß
Rep.	Report
Res.	Resolution
RG	Reichsgericht
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGRK	Reichsgerichtsratkommentar
RGZ	Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rh-Pf	Rheinland-Pfalz
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer(n)
RR	Rechtsprechungs-Report
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz, Seite
s.	siehe
s.o.	siehe oben
Ser.	Serie
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit
sog.	sogenannt
st.	ständige
StabG	Stabilitätsgesetz
Sten.Ber.	Stenographische Berichte
Sten.Prot.	Stenographische Protokolle
StGB	Strafgesetzbuch
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
StuW	Steuer und Wirtschaft
TRIPs	Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
u.a.	unter anderem
UmweltHG	Umwelthaftungsgesetz
UN	United Nations
UNCIO	United Nations Conference on International Organization
UNO	United Nations Organization
UNTS	United Nations Treaty Series
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
UStR	Umsatzsteuer-Rundschau
ÜWTO	Übereinkommen zur Errichtung der WTO
VA	Verwaltungsakt
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VereinsG	Vereinsgesetz

VerwArch	Verwaltungsarchiv
VerwRspr.	Verwaltungsrechtsprechung
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VN	Vereinte Nationen
VO	Verordnung
Vorb.	Vorbemerkung
VRS	Verkehrsrecht-Sammlung
VRÜ	Verfassung und Recht in Übersee
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WEU	Westeuropäische Union
Wistra	Zeitschrift für Wirtschaft: Steuer/Strafrecht
WP	Wahlperiode
WPM	Wertpapier-Mitteilungen
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WTO	World Trade Organization
WuR	Wirtschaft und Recht
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
YBCHR	Yearbook of the European Convention on Human Rights
YBILC	Yearbook International Law Commission
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZfZ	Zeitschrift für Zölle und Verbrauchssteuern
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZP	Zusatzprotokoll
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSchwR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft

Einleitung

Die Außenwirtschaftsfreiheit ist in § 1 Abs. 1 S. 1 dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) als leitender Grundsatz vorangestellt und erstreckt sich auf den durch das AWG geregelten Außenwirtschaftsverkehr, der als „der Waren-, Dienstleistungs-, Kapital-, Zahlungs- und sonstige Wirtschaftsverkehr sowie der Verkehr mit Auslandswerten und Gold zwischen Gebietsansässigen“ legaldefiniert wird (§ 1 Abs. 1 S. 1 AWG). Beschrieben wird damit das Außenwirtschaftsrecht im engeren Sinne. Zum Außenwirtschaftsrecht im weiteren Sinne gehören im übrigen (vor allem) das Zollrecht, das als eigenständige Materie mit dem Steuerrecht behandelt wird¹, sowie alle sonstigen Vorschriften, die den Außenwirtschaftsverkehr aus anderen als wirtschafts-, sicherheits- und außenpolitischen Gründen regeln, z.B. aus Gründen des Gesundheitsschutzes, des Naturschutzes, des Kulturgutschutzes und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, die allesamt vom AWG nicht berührt werden (§ 1 Abs. 2 AWG).

Regelungsziele des Außenwirtschaftsrechts sind zum einen die Erhaltung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts (vgl. § 1 StabG²) durch die Abwehr schädigender Einflüsse von außen und die Förderung der deutschen Außenwirtschaft³. Für die Bundesrepublik ist dies von essentieller Bedeutung, da sie unter den großen Industrienationen den höchsten Grad außenwirtschaftlicher Verflechtung aufweist⁴: Bei einem Bruttosozialprodukt von 3.506,8 Milliarden DM (1996), zu dem die Einfuhr 669,060 Milliarden DM und die Ausfuhr 771,913 Milliarden DM beitragen⁵, macht der Anteil des Außenhandels (Ein- und Ausfuhren) mehr als 41 % aus. Zum anderen dient das AWG, auf das sich die Untersuchung beschränken muß, auch als Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik. Das AWG gibt dem Staat die Möglichkeit, den Außenwirtschaftsverkehr aus übergeordneten au-

¹ Wenn auch dort z.T. nur kursorisch, vgl. z.B. *Heinrich Wilhelm Kruse*, Lehrbuch des Steuerrechts, Band I: Allgemeiner Teil, S. 289f.; *Joachim Lang*, in: *Klaus Tipke/Joachim Lang*, Steuerrecht, § 8 Rn. 53–55 (S. 208); zum Zollrecht eingehend *Eberhard Dorsch*, Zollrecht, Kommentar.

² Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8.6. 1967, BGBl. I, S. 582 i.d.F. vom 14. 9. 1994, BGBl. I, S. 2325, 2389.

³ *Brun-Otto Bryde*, Außenwirtschaftsrecht, in: *Achterberg/Püttner*, Besonderes Verwaltungsrecht, Rn. 724; *Wolfgang Fikentscher*, Wirtschaftsrecht, Band II, S. 8.

⁴ Nachweise in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zum Protektionismus, BT-Drs. 10/1700, S. 18; dies jüngst (1996) noch einmal betonend *Brun-Otto Bryde*, Außenwirtschaftsrecht, in: *Reiner Schmidt*, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Besonderer Teil 2, § 14 Rn. 5 (S. 490).

⁵ Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 1997 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 666, 283.

ßen- und sicherheitspolitischen Gründen im Interesse des Gemeinwohls zu beschränken, ihn mithin als Instrumentarium der Außen- und Sicherheitspolitik einzusetzen. Letzteres veranlaßte bereits Hans Peter Ipsen 1967 dazu, sein für außenwirtschaftsrechtliche Fragestellungen immer noch herangezogenes Rechtsgutachten zum Rhodesien-Embargo unter dem Titel ‚Außenwirtschaft und Außenpolitik‘ zu publizieren⁶. Aufgezeigt wird damit zugleich der dem AWG innewohnende Konflikt zwischen den Postulaten der Wirtschafts- und Außenpolitik auf der einen und der dem einzelnen zukommenden Außenwirtschaftsfreiheit auf der anderen Seite, der sich auf die Frage zuspitzen läßt, ob die Außenwirtschaftsfreiheit unter dem allgemeinen Vorbehalt der politischen Erfordernisse steht.

Obgleich dem Außenwirtschaftsverkehr eine nahezu existentielle Bedeutung nicht nur im gesamtwirtschaftlichen Umfeld der deutschen Wirtschaft zukommt – 1996 hatten Ex- und Import ein Volumen von rund 1.441 Milliarden DM⁷ und für 1997 wird sogar ein Volumen von ca. 1.640 Milliarden DM erwartet⁸-, ist das Interesse an den Problemstellungen des AWG, das neben dem Zollrecht die zentrale Kodifizierung des öffentlichen Außenwirtschaftsrechts darstellt, eher gering. Im juristischen Schrifttum findet das AWG nur punktuell Berücksichtigung, was vielleicht auch mit einer wenig ausgeprägten diesbezüglichen Judikatur zusammenhängt⁹. Von den beiden Beiträgen von Brun-Otto Bryde¹⁰ abgesehen, behandeln die Lehrbücher zum Besonderen Verwaltungsrecht¹¹, zum Wirtschafts-¹²

⁶ Hans Peter Ipsen, Außenwirtschaft und Außenpolitik, S. 11 (unter 4).

⁷ Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 1997 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 283.

⁸ So der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels Michael Fuchs am 17. 12. 1997 (vgl. FAZ vom 18. 12. 1997, Nr. 294, S. 15).

⁹ Für den auch im Mittelpunkt stehenden Bereich des Exportkontrollrechts kann dies u. a. darauf zurückgeführt werden, daß von bedeutenden Unternehmen nur dann Ausfuhranträge gestellt werden, wenn u. a. auch nach ‚Vorführung‘ bei den maßgeblichen Stellen sie der positiven Bescheidung relativ sicher sind. Nur so ist es zu erklären, daß gemäß den Berechnungen des Bundesausfuhramtes 1993 der wertmäßige Anteil abgelehnter Ausfuhranträge für Waren mit strategischer Bedeutung (seinerzeit in Teil I, Abschnitte A-E der Ausfuhrliste) gemessen am Exportvolumen der Bundesrepublik Deutschland nur 0,09% betrug. Von 42023 Anträgen für alle Ausfuhren beschied die zuständige Behörde lediglich 369 abschlägig (vgl. Erwin Dichtl, Faktische Grenzen der Exportkontrolle, BB 1994, 1726 [1729f.]). Eine offene (gerichtliche) Auseinandersetzung findet daher auch vor dem Hintergrund weiterer noch zu genehmigender Ausfuhrgeschäfte nur selten statt.

¹⁰ Brun-Otto Bryde, Außenwirtschaftsrecht, in: Achterberg/Püttner, Besonderes Verwaltungsrecht, Band I (1990), S. 255–281; ders., Außenwirtschaftsrecht, in: Reiner Schmidt, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Besonderer Teil 2 (1996), § 14 (S. 485–533).

¹¹ Vgl. insbesondere aus den großen Gesamtdarstellungen die Beiträge von Hans-Wolfgang Arndt, in: Steiner (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht, S. 705 (S. 806–808; Rn. 234–240) und von Peter Badura, in: Schmidt-Aßmann, Besonderes Verwaltungsrecht, S. 201–297 (s. dort Rn. 23).

¹² Wolfgang Fikentscher, Wirtschaftsrecht, Band I, S. 267, 318, 325; Band II, S. 7–9; 449–455; Hans-Joachim Mertens/Christian Kirchner/Erich Schanze, Wirtschaftsrecht, S. 274–279; Gerd Rinck/Eberhard Schwark, Wirtschaftsrecht, S. 288–292 (Rn. 875–885); Fritz Rittner, Wirtschaftsrecht, S. 513–524 (§ 25); Robert Weimar/Peter Schimikowski, Grundzüge des Wirtschaftsrechts, S. 305–307 (Rn. 679–682).

und Wirtschaftsverwaltungsrecht¹³ diesen Bereich – wenn überhaupt¹⁴ – nur am Rande. Die Kommentierungen und Einführungen zum AWG sind entweder veraltet¹⁵ oder – mehr oder weniger – rudimentär¹⁶. Auch das monographische Interesse am AWG ist im Vergleich zu anderen Rechtsmaterien gering. Neben den zu einigen (wenigen) Aspekten des Außenwirtschaftsrechts erschienenen Dissertationen¹⁷ stellen lediglich der 1991 erschienene praxisorientierte Grundriß von Ludwig Gramlich¹⁸ und das als systematische Darstellung mit Praxischwerpunkt

¹³ Vgl. *Ulrich Battis/Christoph Gusy*, Öffentliches Wirtschaftsrecht, S. 104–106 (§ 7 I 2); *Hans-Jürgen Papier*, Fälle zum Wahlfach Wirtschaftsverwaltungsrecht, S. 156–163 (Fall 16); *Günter Püttner*, Wirtschaftsverwaltungsrecht, S. 164–169; *Rolf Stober*, Handbuch des Wirtschaftsverwaltungs- und Umweltrechts, S. 354–357 (§ 22 IV 2).

¹⁴ Keine Behandlung erfährt das Außenwirtschaftsrecht z. B. in: *Peter Badura*, Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsverwaltungsrecht, 1971; *Hans D. Jarass*, Wirtschaftsverwaltungsrecht und Wirtschaftsverfassungsrecht, 1984; *Werner Frotscher*, Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, 1994; *Hans-Jürgen Papier*, Grundgesetz und Wirtschaftsordnung, in: *Benda/Maihofer/Vogel*, Handbuch des Verfassungsrechts (1995), § 18 (S. 799–850); *Reiner Schmidt*, Staatliche Verantwortung für die Wirtschaft, in: *Isensee/Kirchhof*, Handbuch des Staatsrechts, Band III (1988), § 83 (S. 1141–1170); *Ernst Steindorff*, Einführung in das Wirtschaftsrecht der Bundesrepublik Deutschland, 1985; *Willi Thiele*, Wirtschaftsverfassungsrecht, 1974; *Winfried Tilmann*, Wirtschaftsrecht, 1986.

¹⁵ *Eugen Langen*, Außenwirtschaftsgesetz, 1968; *Heinz Friedrich Schulz* (Hrsg.), Außenwirtschaftsrecht, 1965/1966; *H. Sieg/Hans Fahning/Karl Friedrich Kölling*, Außenwirtschaftsgesetz, 1963; *Karl Strauch*, Außenwirtschaftsgesetz, 1969; *Wolfgang Laumann*, Einführung in das Außenwirtschaftsrecht, 1973.

¹⁶ *Manfred Deiters*, Erläuterungen zum Außenwirtschaftsgesetz (Bearbeitung September 1986), in: *Das Deutsche Bundesrecht, Loseblattsammlung*, Signatur III H. 50, S. 25 ff.; *Hans Fuhrmann*, Außenwirtschaftsgesetz (Bearbeitung Mai 1996), in: *Erbs/Kohlhaas*, Strafrechtliche Nebengesetze, Loseblattsammlung, Signatur A 217; *Ernst Hocke/Siegfried Berwald/Heinz Dieter Maurer*, Außenwirtschaftsrecht, Loseblattsammlung (Stand: Dezember 1996); *Klaus Dieter Schroth*, Handbuch zum Außenwirtschaftsverkehr, 1994.

¹⁷ Zu nennen sind hier in zeitlicher Abfolge die Dissertationen von *Helmut Wienholt* (Die devisenrechtliche Genehmigung, Diss. iur. Göttingen 1964), *Jürgen Linde* (Außenwirtschaftsgesetz und zwischenstaatliche Vereinbarung, Diss. iur. Göttingen 1970), *Klaus Garcke* (Der Anwendungsbereich des öffentlichen Außenwirtschaftsrechts, Diss. iur. Göttingen 1973), *Edmund Hornung* (Die Zulässigkeit von Einfuhrbeschränkungen nach dem AWG und ihre Vereinbarkeit mit dem Europäischen Gemeinschaftsrecht, Diss. iur. Würzburg 1982), *Jörg Freiherr Frank von Fürstenwerth* (Ermessensentscheidungen im Außenwirtschaftsrecht, Diss. iur. Köln 1985), *Klaus Wolfgang Ebert* (Rechtliche Beschränkungen des Technologietransfers im Außenwirtschaftsverkehr, Diss. iur. Hamburg 1986), *Eckhart Putzier* (Ermächtigungen des Außenwirtschaftsgesetzes, Diss. iur. Freiburg i.Br. 1987), *Andre Vollbrecht* (Warenverkehrslenkung nach dem Außenwirtschaftsgesetz im Rahmen des Europäischen Gemeinschaftsrechts, Diss. iur. Göttingen 1987), *Gernot Stenger* (Das Handelsembargo im Außenwirtschaftsrecht, Diss. iur. Gießen 1988), *Adelheid Puttler* (Die völkerrechtliche Zulässigkeit von Export- und Reexportbeschränkungen, Diss. iur. Augsburg 1989), *Marianne Janik* (Sensitive Waren und Dienstleistungen im Lichte des europäischen Gemeinschaftsrechts – Möglichkeiten und Grenzen einer gemeinsamen Exportkontrolle in der Europäischen Union, Diss. iur. Würzburg 1995), *Ulrich Egger* („Dual-use“-Waren: Exportkontrolle und EG-Vertrag, Diss. iur. Münster 1995), *Stephan Laubereau* (Zur Rechtmäßigkeit von Embargoverordnungen, Diss. iur. Passau 1996) und von *Thomas Lübbig* (Die Verfolgung illegaler Exporte. Eine Untersuchung des repressiven Instrumentariums im US-amerikanischen Export Administration Act und im deutschen Außenwirtschaftsgesetz, Diss. iur. FU Berlin 1996).

¹⁸ *Ludwig Gramlich*, Außenwirtschaftsrecht, 1991, 220 Seiten. Er beschreibt sein „Außenwirt-

ten beschriebene, 1995 erschienene Werk von Alexander Reuter¹⁹ Ausnahmen dar. Bedingt durch das Irak-Embargo und durch einige zum Teil damit einhergehende Rüstungsexport-„Skandale“ hat das Außenwirtschaftsrecht auch in gemeinschaftsrechtlicher Hinsicht²⁰ literarisch einige Bewegung erfahren²¹. Davon abgesehen, sind Abhandlungen zum Außenwirtschaftsrecht nur vereinzelt zu finden²², so daß das Außenwirtschaftsrecht als Teil des besonderen Verwaltungsrechts mit seinen verfassungs-, völker- und europarechtlichen Implikationen trotz seiner eminenten Bedeutung für das exportorientierte Deutschland insgesamt immer noch ein „juristisches Mauerblümchen-Dasein“²³ fristet.

Dies liegt sicherlich auch daran, daß dem deutschen Außenwirtschaftsrecht bisweilen – wenn überhaupt – nur noch eine bloße Hilfsfunktion für die Durchführung des Europarechts zuerkannt wird²⁴. So wurde bereits zu Beginn der siebziger Jahre in mehreren Beiträgen das Ende des deutschen Außenwirtschaftsrechts prophezeit; es wurde als ehemaliges partikuläres Recht²⁵, welches „be-

schaftsrecht“ selbst als Grundriß, da er „nur“ „eine notwendig eher grobschlächtige Skizze der wichtigsten Elemente, Mechanismen und Strukturen“ beabsichtigt, die sich in ihrer Gewichtung an der Praxisrelevanz einzelner Themenkreise orientiert (ebd., S. 6).

¹⁹ Alexander Reuter, Außenwirtschafts- und Exportkontrollrecht Deutschland/Europäische Union, 1995, 534 Seiten einschließlich eines umfassenden Anhangs (S. 311–530). Die Schwerpunkte werden bei den praxiswichtigen Bereichen Exportkontrolle, Antidumping und EU-Recht einschließlich der Bezüge zum GATT gesetzt.

²⁰ Zum europäischen Exportkontrollrecht, namentlich zur dual-use-Verordnung der EG vgl. die Nachweise bei Hans-Michael Wolfgang, Europäisches Exportkontrollrecht, DVBl. 1996, 277–286 (insbes. Fn. 1).

²¹ Vgl. z. B. die Nachweise bei Knut Ipsen, Kriegswaffenkontrolle und Auslandsgeschäft, in: Festschrift für Rudolf Bernhardt (1995), S. 1041 (1042 in Fn. 5).

²² Vgl. nur das bei Brun-Otto Bryde, Außenwirtschaftsrecht, in: Reiner Schmidt, Öffentliches Wirtschaftsrecht, Besonderer Teil 2 (1996), § 14 (S. 487), und bei Alexander Reuter, Außenwirtschafts- und Exportkontrollrecht Deutschland/Europäische Union (1995), S. 245, erfaßte Schrifttum. Neben mehr „überblicksartigen“ Beiträgen (Rudolf Dolzer/Matthias Hartwig, Konzeption und Struktur des Außenwirtschaftsrechts, in: Dichtl/Issing, Exportnation Deutschland, S. 181–198; Volker Epping, Exportfreiheit und Exportkontrolle. Der staatliche Genehmigungsvorbehalt beim Export sensibler Waren-Systematik und Problemfelder, DWiR 1991, 276–285; Ludwig Gramlich, Außenwirtschaftsrecht und allgemeines Verwaltungsrecht, JA 1989, 126–134; Martin Weber, Grundlagen des Außenwirtschaftsrechts, JA 1990, 73–80) sind vor allem der grundlegende verwaltungsrechtliche Beitrag von Armin von Bogdandy, Die außenwirtschaftsrechtliche Genehmigung: Rechtsnatur und Rechtsfolgen, VerwArch 1992, 53–96, sowie z. B. die weiterhin aktuellen Aufsätze von Klaus-Jürgen Kuss, Gesetzestechnische Mängel und Rechtsschutzmängel im Außenwirtschaftsrecht, Die Verwaltung 22 (1989), 57–74, und von Oliver Remien, Außenwirtschaftsrecht in kollisionsrechtlicher Sicht, RabelsZ 54 (1990), 431–479, zu nennen. Vgl. auch die Beiträge in Hartmut Bebermeyer (Hrsg.), Deutsche Ausfuhrkontrolle 1992, Rechts- und Verfahrensvorschriften für den Export von Rüstungsgütern, 1992.

²³ Ludwig Gramlich, Außenwirtschaftsrecht und allgemeines Verwaltungsrecht, JA 1989, 126; ebenso ders., Außenwirtschaftsrecht, S. V, und Andre Vollbrecht, Warenverkehrslenkung nach dem Außenwirtschaftsgesetz im Rahmen des Europäischen Gemeinschaftsrechts, S. 22.

²⁴ Vgl. nur Brun-Otto Bryde, in: Achterberg/Püttner, Besonderes Verwaltungsrecht, Band I, Rn. 730, und Martin Weber, Grundlagen des Außenwirtschaftsrechts, JA 1990, 73 (74).

²⁵ So vor allem Gerold Schmidt, Die Europäische Gemeinschaft als „Nation“ im gemeinschaftlichen Zoll- und Außenwirtschaftsrecht, ZfZ 1973, 375 (379); ders., Neues gemeinschaftli-

kanntlich materiell nicht mehr in Kraft sei²⁶, bezeichnet. Wohl auch demzufolge widmet sich das europarechtliche Schrifttum dem deutschen Außenwirtschaftsrecht allenfalls beiläufig²⁷.

Auch wenn die wirtschaftspolitischen Kompetenzen des Außenwirtschaftsverkehrs sowohl im Verhältnis zwischen den EU-Mitgliedstaaten als auch im Verhältnis zu Drittstaaten in weiten Teilen auf die Europäischen Gemeinschaften übergegangen sind, ist das AWG keineswegs bedeutungslos, wie die erst jüngst vom EuGH im Vorabentscheidungsverfahren entschiedenen Vorlagen des LG Darmstadt in der Rechtssache ‚Leifer‘²⁸ und des VG Frankfurt am Main in der Rechtssache ‚Werner‘²⁹ belegen. In beiden Verfahren – das eine betraf ein Strafverfahren wegen ungenehmigter Ausfuhren in den Irak, das andere die Klage auf Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung in den Irak – stand die im Ergebnis bejahte Frage im Mittelpunkt, ob außen- und sicherheitspolitisch begründete AWG-Ausfuhrbeschränkungen mit Art. 113 EGV vereinbar sind. Desweiteren sei noch der ‚Samarra-Fall‘ in Erinnerung gerufen, der die Finanz-, Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit über ein Jahrzehnt beschäftigt hat³⁰, so daß sich schließlich sogar der Gesetzgeber zum Tätigwerden veranlaßt sah³¹. Diese Judikate belegen zugleich, daß trotz der nicht zu bestreitenden Bedeutung des Gemeinschaftsrechts für den deutschen Außenwirtschaftsverkehr es für die im AWG geregelten Instrumentarien nach wie vor Anwendungsfälle in nationaler Regelungskompetenz gibt. Ein Großteil der gemeinschaftsrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland wird weiterhin mit dem im AWG und der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) niedergelegten außenwirtschaftsrechtlichen Instrumentarium erfüllt und begegnet dem Marktbürger daher in Gestalt des deutschen Außenwirtschaftsrechts³². Schließlich zeigt der eskalierende Konflikt um

ches Außenwirtschaftsrecht, Die Ratsentscheidung 72/455/EWG vom 19. 12. 1972, RIW/AWD 1973, 361.

²⁶ Gerold Schmidt, Zum Ende des deutschen Außenwirtschaftsrechts im europäischen Agrarrecht, AgrarR 1974, 215.

²⁷ Rainer Arnold, Außenhandelsrecht, in: Dausen, Handbuch des EG-Wirtschaftsrechts, K.I (Bearbeitung 1994) Rn. 19; Christoph Vedder, in: Grabitz/Hilf, Art. 113 EWGV (Stand: 2. GrdLfg.) Rn. 11.

²⁸ EuGHE 1995, I-3231ff.; der Vorlagebeschluß des LG Darmstadt ist abgedruckt in EuZW 1994, 447.

²⁹ EuGHE 1995, I-3189ff.; der Vorlagebeschluß des VG Frankfurt am Main ist abgedruckt in EuZW 1994, 380 = NVwZ 1995, 619.

³⁰ In dem Fall ging es um Teile für Maschinen und Apparate für eine Versuchsanlage der chemischen Industrie in Samarra/Irak, deren Abfertigung zur Ausfuhr vom zuständigen Zollamt abgelehnt wurde, weil die Teile möglicherweise geeignet seien, direkt oder indirekt zur Herstellung von Kampfgas verwendet zu werden, vgl. zum Sachverhalt zuletzt BVerfGE 91, 148 (insbes. 154). Mit dem Fall waren (nacheinander) befaßt: HessFG, NJW 1985, 1726ff.; der BFH, vgl. BVerfGE 91, 148 (155); VG Darmstadt, NJW 1988, 2198ff.; HessVGH, NJW 1990, 2704ff.; BVerwGE 89, 121ff.; BVerfGE 91, 148ff.

³¹ Vgl. das 5. Gesetz zur Änderung des AWG v. 20. 7. 1990, BGBl. I, 1457; vgl. hierzu BT-Drs. 11/7218 und BR-Drs. 615/88.

³² Brun-Otto Bryde, Außenwirtschaftsrecht, in: Achterberg/Püttner, Besonderes Verwal-

die gegen den Widerstand Deutschlands verabschiedete EG-Bananenmarktordnung auf, daß neben den im GATT begründeten völkerrechtlichen Implikationen vor allem den grundgesetzlichen Garantien der Außenwirtschaftsfreiheit eine zentrale Bedeutung für das deutsche Außenwirtschaftsrecht gerade im Verhältnis zum Gemeinschafts- bzw. Unionsrecht³³ zukommt.

Die Untersuchung ist wirtschaftsverfassungsrechtlich angelegt. Entgegen einem allgemein zu verzeichnenden Trend, bei grenzüberschreitenden Studien einen gemeinschaftsrechtlichen Ansatz zu wählen, der bezogen auf den Untersuchungsgegenstand durch die 1994 von Eberhard Grabitz, Armin von Bogdandy und Martin Nettesheim herausgegebene, umfassende Studie des Europäischen Außenwirtschaftsrechts³⁴ seine Grundlegung erfahren hat, ist es das erkenntnisleitende Ziel dieser Untersuchung, ausgehend von dem leitenden Grundsatz der Außenwirtschaftsfreiheit eine verfassungsdogmatische Grundlegung des AWG zu leisten. Daß dieser Ansatz durchaus zeitgemäß und nicht überholt ist, zeigen nicht nur das Maastricht-Urteil des BVerfG³⁵, sondern auch die keineswegs überzeugenden Voten für die EU bei den Volksabstimmungen anlässlich der Ratifizierung der Maastricht I-Vereinbarungen, durch die die zeitweise euphorische Stimmung bei der Fortentwicklung der europäischen Integration einen deutlichen Dämpfer erfahren hat. Die zwiespältige Diskussion um die Fortentwicklung der EU („Maastricht II, Vertrag von Amsterdam“) sowie die Erfüllung der Konvergenzkriterien (vgl. Art. 109j Abs. 1 EGV) für den Eintritt in die spätestens zum 1. Januar 1999 angestrebte dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (Art. 109j Abs. 4 S. 1 EGV) sind hierfür weitere aktuelle Beispiele. Außenwirtschaftsrechtlich spiegelt sich dieser Befund in der am 1. Juli 1995 in Kraft getretenen sog. EG-dual-use-Verordnung wider: Entgegen der schlagwortartigen Bezeichnung setzt sich die dual-use-Verordnung aus zwei selbständigen Rechtsakten zusammen, die aufeinander Bezug nehmen und gleichzeitig in Kraft getreten sind. Die eigentliche Verordnung mit den Genehmigungstatbeständen findet ihre Rechtsgrundlage in Art. 113 EGV³⁶, während die Essentialien, die Liste der genehmigungsbedürftigen Güter, die Länderliste und die Liste der Leitlinien für Genehmigungen, die über die tatsächliche Reichweite dieses Regelungsinstruments bestimmen, als Gemeinsame Aktion im Rahmen der GASP durch einen

tungsrecht, Rn. 731; *Andre Vollbrecht*, Warenverkehrslenkung nach dem Außenwirtschaftsgesetz im Rahmen des Europäischen Gemeinschaftsrechts, S. 276ff.

³³ Zu den Begrifflichkeiten und ihrem Wandel *Armin von Bogdandy/Martin Nettesheim*, Die Verschmelzung der Europäischen Gemeinschaften in der Europäischen Union, NJW 1995, 2324ff.

³⁴ *Eberhard Grabitz/Armin von Bogdandy/Martin Nettesheim*, Europäisches Außenwirtschaftsrecht. Der Zugang zum Binnenmarkt: Primärrecht, Handelsschutzrecht und Außenaspekte der Binnenmarktharmonisierung, 1994, 696 Seiten.

³⁵ BVerfGE 89, 155ff.

³⁶ VO (EG) 3381/94 v. 19. 12. 1994, ABl. L 367/1, geändert durch VO 837/95 v. 10. 4. 1995, ABl. L 90/1.

Beschluß der Mitgliedstaaten nach Art. J.3. EUV erlassen wurden³⁷. Mit dieser Konstruktion haben sich die Mitgliedstaaten über die für einen solchen Beschluß erforderliche Einstimmigkeit ihren von unterschiedlichen nationalen Interessen geprägten letztlich maßgeblichen Einfluß gesichert. Dies beweist die Zwiespältigkeit, die einerseits durch den Harmonisierungswillen, andererseits aber auch durch die Souveränitätsvorstellungen der Mitgliedstaaten getragen ist. Daß diese Entwicklung keineswegs an dem bisher als Motor der Gemeinschaft bezeichneten EuGH vorbeigegangen ist, ist unübersehbar. Dies belegen nachdrücklich insbesondere die bereits oben genannten, auf Vorlage des LG Darmstadt und des VG Frankfurt ergangenen Urteile des EuGH in den Rechtssachen ‚Leifer‘ und ‚Werner‘ vom 17. Oktober 1995 sowie das WTO-Gutachten des EuGH vom 15. November 1994³⁸, in denen anscheinend die Kritik an der mangelnden Rücksichtnahme der bisher betont gemeinschaftsfreundlichen Rechtsprechung des EuGH auf die Belange der Mitgliedstaaten Wirkung zeigt³⁹. So hat der EuGH in Abkehr von seiner eher die Kompetenzen der Gemeinschaft erweiternden Judikatur in den beiden Vorabentscheidungen den in die ausschließliche Gemeinschaftskompetenz des Art. 113 EGV einbezogenen außen- und sicherheitspolitischen Bereich über ein weites Verständnis des Begriffs der öffentlichen Sicherheit in den nationalen Schutzklauseln den Mitgliedstaaten belassen; in seinem WTO-Gutachten ist der EuGH noch darüber hinausgegangen, indem er zugunsten der mitgliedstaatlichen Kompetenzen mit seiner im AETR-Urteil⁴⁰ begründeten Doktrin der Einheit von Innen- und Außenkompetenz, die er noch durch das ILO-Gutachten vom 19. März 1993 bestätigt hatte⁴¹, gebrochen hat⁴². Damit soll keineswegs die Bedeutung des Gemeinschaftsrechts für das deutsche Außenwirtschaftsrecht in Abrede gestellt werden. Gleichwohl offenbart der aktuell von den deutschen Gerichten⁴³ und dem EuGH⁴⁴ ausgetragene und eskalierte ‚Bananenkonflikt‘ die weiterhin essentielle Bedeutung der grundrechtsdominierten Staatsstruktur des Grundgesetzes auch im Außenwirtschaftsrecht und gegenüber der Europäischen Union.

³⁷ GASP-Beschluß 94/942 v. 19. 12. 1994, ABl. L 367/8, zuletzt geändert durch die GASP-Beschlüsse 95/127 und 128 v. 10. 4. 1995, ABl. L 90/2, 96/613 vom 22. 10. 1996, ABl. L 278/1, 97/419 vom 26. 6. 1997, ABl. L 178/1.

³⁸ EuGHE 1994, I-5267ff.

³⁹ Dies ebenfalls vermutlich *Rudolf Geiger*, Vertragsschlußkompetenzen der Europäischen Gemeinschaft und auswärtige Gewalt der Mitgliedstaaten, JZ 1995, 973 (981).

⁴⁰ EuGHE 1971, 263 (275).

⁴¹ ABl. EG Nr. C 109 vom 19. 4. 1993, 1 (7, Rn. 7).

⁴² Eingehend *Oliver Dörr*, Die Entwicklung der ungeschriebenen Außenkompetenzen der EG, EuZW 1996, 39–43 und *Rudolf Geiger*, Vertragsschlußkompetenzen der Europäischen Gemeinschaft und auswärtige Gewalt der Mitgliedstaaten, JZ 1995, 973–982.

⁴³ BVerfG, NJW 1995, 950f. = EuZW 1995, 126f.; BVerfG, EuZW 1995, 412f.; BFH, EuZW 1996, 12ff.; FG Hamburg, EuZW 1995, 413ff.; siehe auch HessVGh, NVwZ 1995, 612ff.; VG Frankfurt, EuZW 1997, 182ff.

⁴⁴ EuGHE 1994, I-4973ff.; 1995, I-3799ff.; 1995, I-3761 ff.; 1995, I-4533ff.; EuGH (Rs. C-9/95 u. C-156/95), EuZW 1997, 313ff.

Vor dem Hintergrund und auf der Basis der Maßgaben des BVerfG im Maastricht-Urteil wird bewußt ein verfassungsrechtlicher Ansatz gewählt, der ausgehend von der grundrechtsdogmatischen Verortung der in § 1 Abs. 1 S. 1 AWG einfachgesetzlich explizit kodifizierten Außenwirtschaftsfreiheit, des tragenden Grundsatzes des Außenwirtschaftsrechts, den grundlegenden (wirtschafts-) verfassungsrechtlichen Fragestellungen im Bereich des AWG nachgeht. Dazu ist die vielschichtige Regelungssystematik des AWG in ihren Rechtswirkungen zu analysieren und im Hinblick auf ihren Beitrag zur Sicherung des bereits einfachgesetzlich postulierten Ziels der Außenwirtschaftsfreiheit zu würdigen, um Ziel, Inhalt und Umfang der Außenwirtschaftsfreiheit zu bestimmen. Dem AWG als Teil des Besonderen Verwaltungsrechts wird, wenn man so will, in erster Linie der ‚Mantel‘ des Verfassungsrechts übergeworfen, um der Frage nachzugehen, ob und wie das AWG den Maßgaben des Verfassungsrechts Rechnung trägt. Da die Europäischen Gemeinschaften in weiten Bereichen die ausschließliche Zuständigkeit auf dem Gebiet der Außenhandelspolitik beanspruchen, kann die Untersuchung sich nicht auf die Betrachtung der einschlägigen nationalen Rechtsregelungen beschränken, sondern hat trotz des verfassungsrechtlichen Schwerpunkts neben völkerrechtlichen Vorgaben insbesondere europarechtliche Implikationen zu berücksichtigen.

Erster Teil

Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Außenwirtschaftsfreiheit

Die verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Außenwirtschaftsfreiheit, die nach der amtlichen Überschrift des § 1 AWG als „Grundsatz“ dem AWG in § 1 Abs. 1 S. 1 vorangestellt ist, ergeben sich in erster Linie aus den Grundrechten. Ausweislich der Begründung des Regierungsentwurfs zum AWG soll die Betonung der Außenwirtschaftsfreiheit im AWG „den Leitgedanken der Artikel 2 Abs. 1, Artikel 12 Abs. 1, Artikel 14 GG, die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung zu gewährleisten, für das Gebiet des Außenwirtschaftsverkehrs besonders herausstellen.“¹ Schon die Reihenfolge der zitierten Grundrechtsartikel sowie die Begrenzung auf drei Grundrechte werfen die Frage der grundrechtsdogmatischen Verortung der Außenwirtschaftsfreiheit auf:

- Ist etwa Art. 2 Abs. 1 GG das Basisgrundrecht der Außenwirtschaftsfreiheit?
- Kommen hinsichtlich der grundrechtsdogmatischen Verankerung nur die drei in der Begründung des Regierungsentwurfs genannten Grundrechte zum Tragen?
- In welchem Verhältnis stehen die thematisierten Freiheitsgrundrechte zu Art. 2 Abs. 1 GG?
- Kommt der in § 1 Abs. 1 S. 1 AWG niedergelegten Außenwirtschaftsfreiheit angesichts der grundrechtlichen Gewährleistung nur noch deklaratorische Bedeutung zu?

Neben der sich an die grundrechtsdogmatische Verortung (A.) anschließenden, vor allem in gemeinschaftsrechtlicher Hinsicht virulenten Problematik, wer Träger der grundrechtlich gewährleisteten Außenwirtschaftsfreiheit ist (B.), stellt sich insbesondere noch die Frage der grundrechtlichen ‚Wirkkraft‘ der Außenwirtschaftsfreiheit (C.). Angesichts des Charakters des AWG als Ermächtigungsgesetz für Eingriffe in die im Grundsatz gewährleistete Außenwirtschaftsfreiheit steht dabei zwangsläufig die Frage im Mittelpunkt, ob die Besonderheiten des ‚Außenbezugs‘ der außenwirtschaftlichen Tätigkeiten eine im Vergleich zu reinen Inlandssachverhalten stärkere Beschränkung der grundrechtlichen Freiheit im ‚Außenbereich‘ rechtfertigen.

¹ BT-Drs. III/1285, S. 231.

A. Die grundrechtsdogmatische Verortung der Außenwirtschaftsfreiheit

Während die Begründung des Regierungsentwurfs den grundrechtlichen Ansatz der Außenwirtschaftsfreiheit – freilich pauschal – auf die „Leitgedanken“ der Art. 2 Abs. 1, 12 Abs. 1 und 14 GG stützte², versteht Hans Peter Ipsen die Außenwirtschaftsfreiheit als eine Seite der Wirtschaftsfreiheit³. Die Wirtschaftsfreiheit wiederum definiert er – orientiert an der sog. ‚Elfes‘-Entscheidung des BVerfG⁴ – als „ein durch Art. 2 Abs. 1 GG gewährleistetes Grundrecht, das sich nicht in der Addition oder Einzelausprägung der dekliniert gewährten Einzelgrundrechte erschöpft, also etwa der Eigentumsgewährleistung, der Berufsfreiheit, der Freiheit von Vergemeinschaftung oder auch der – ebenfalls in Art. 2 Abs. 1 enthaltenen – Vertragsfreiheit“⁵. Demgegenüber hat das BVerfG unmittelbar vor Verkündung des AWG zur besatzungsrechtlichen Devisenbewirtschaftung die verfassungsrechtliche Forderung grundsätzlicher Freiheit des Außenhandels postuliert⁶ und

² Ebd.

³ Hans Peter Ipsen, Außenwirtschaft und Außenpolitik, Rechtsgutachten zum Rhodesien-Embargo, S. 52f.; dem folgend Klaus-Jürgen Kuss, Gesetzestechnische Mängel und Rechtsschutzlücken im Außenwirtschaftsverkehr, Die Verwaltung 22 (1989), 55 (58).

⁴ BVerfGE 6, 32 (42)

⁵ Hans Peter Ipsen, Rechtsfragen der Wirtschaftsplanung, in: Joseph H. Kaiser, Planung II, Begriff und Institut des Plans, S. 63 (95ff.); ders., Außenwirtschaft und Außenpolitik, Rechtsgutachten zum Rhodesien-Embargo, S. 52f.; ders., Gesetzliche Bevorratungspflicht Privater, AÖR 90 (1965), 393 (430f.); ders., Verwaltung durch Subventionen, VVDStRL 25 (1967), 257 (302); ders., Europäisches Gemeinschaftsrecht, S. 722; ders., Kartellrechtliche Preiskontrolle als Verfassungsfrage, S. 79ff.; ders., Subventionen, in: Isensee/Kirchhof, HStR, Band IV, § 92 Rn. 71; dem folgend Klaus-Jürgen Kuss, ebd.; Martin Hoffmann, Der grundrechtliche Schutz der marktwirtschaftlichen Unternehmenstätigkeit und der gesellschaftsrechtlichen Unternehmensorganisation durch die „Unternehmensfreiheit“, S. 126–128; ders., Staatliche Wirtschaftsregulierung und grundrechtlicher Schutz der Unternehmensfreiheit durch Art. 12 Abs. 1 GG und Art. 2 Abs. 1 GG, BB 1995, 53 (53, 56ff.). Zumindest ähnlich: Ernst Rudolf Huber, Der Streit um das Wirtschaftsverfassungsrecht, DÖV 1956, 135; Hans Carl Nipperdey/Günther Wiese, Freie Entfaltung der Persönlichkeit, in: Bettermann/Nipperdey, Die Grundrechte, Band IV/2, S. 741 (879); Michael Antoni, in: Seifert/Hömig, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art. 2 Rn. 6; Peter Badura/Fritz Rittner/Bernd Rütters, Mitbestimmungsgesetz 1976 und Grundgesetz, S. 232; Kurt Ballerstedt, Wirtschaftsverfassungsrecht, in: Bettermann/Nipperdey/Scheuner, Die Grundrechte, Band III/1, 1 (69–72); Peter Pernthaler, Qualifizierte Mitbestimmung und Verfassungsrecht, S. 151; jüngst auch Klaus Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Band III/2, § 92 IV 3 c (S. 1401).

⁶ BVerfGE 12, 281 (294).

Stichwortverzeichnis*

- Abgeschlossene Verträge 89ff., 243, 247, 491ff., 531, s. *laufende Verträge*
- abgewickelte Vertragsverhältnisse 491f.
 - Altverträge 492
 - Altvertragsklausel 493ff.
 - ausgleichspflichtige Inhaltsbestimmung 508ff., 531
 - Enteignung 496ff., s. *Enteignung*
 - Entschädigungsklausel 495ff.
 - Inhaltsbestimmung 496, 501ff.
 - laufende Verträge 89ff., 491ff., 531, 578, 593
 - NaBauskiesungsbeschluß 76, 81, 117, 497, 499, 510, 531, s. *NaBauskiesungsbeschluß*
 - rückwirkende Aufhebung 492
 - Rückwirkung 491ff., 499f.
 - Trennungstheorie 500f., 510
 - Schwellentheorie 500f. (Fn.54), 510
 - Überleitungsproblematik 499f., 509ff., 593, s. *Überleitung*
 - Verhältnismäßigkeit 491, 500f., s. *Verhältnismäßigkeitsgrundsatz*
 - Vertrauensschutz 493f., 500f., s. *Vertrauensschutz*
- Abtreibungsurteil 553
- Adria/AWACS/Somalia-Urteil 41 (Fn.217), 160, 393f., 358f.
- Agrarpolitik, gemeinsame (GAP) 565ff.
- Agreement of Safeguards (AS) 608
- Agreement on Subsidies and Countervailing Measures (ASCM) 609f.
- Allgemeine Genehmigung 259
- Allgemeine Handlungsfreiheit 14ff., 72, 166f., 185, 397
- Allgemeine Rechtsgrundsätze des Gemeinschaftsrechts 575f., 579, 585, 588, 592, 622
- Allgemeine Regeln des Völkerrechts 137, 482, 485
- Allgemeines Persönlichkeitsrecht 14ff., 23, 26, 54f., 63f.
- Altverträge 492, s. *laufende Verträge* und *Altvertragsklausel*
- Altvertragsklausel (EGV) 619f.
- Altvertragsklausel 493ff.
- Änderungsvorbehaltverordnung 417, 429, 420
- Annäherungs-Rechtsprechung 209ff., 223, 381, 429
- Anspruch auf Aufhebung außenwirtschaftlicher Beschränkungen 533ff., 549ff.
- Anspruch auf Verordnungserlaß 534f.
 - Beobachtungspflicht 549
 - Bundestag als Anspruchsgegner 545ff.
 - Durchbrechung des Aufhebungsgebots 543
 - Exekutive als Anspruchsgegner 533ff.
 - Korrekturpflicht 549
 - Nachbesserungspflicht 549
 - Normerlaßklage 538f., 543
- Anspruch auf Beschränkung des Außenwirtschaftsverkehrs 554 (Fn.117)
- Anspruch auf Handelsfreiheit 596
- Antiboykottgesetz (Irak) 251
- Antidumpingverordnung (ADV) 294, 569, 571
- Antisubventionsverordnung (ASV) 294, 570
- Anwendungsbereich 191, 194f., 221, 229, 236, 296, 484
- Anwendungsvorrang 173f., 204, 517 (Fn.125), 525, 531, s. *Vorrang des Gemeinschaftsrechts*
- Apothekenurteil 11, 68
- Arbeitnehmerfreizügigkeit 562f.
- Aufenthaltsfreiheit 108ff., 134f., 564
- Aufhebung (VA) 258ff.
- Aufhebungsgebot 533ff., s. *Anspruch auf Aufhebung*
- Aufhebungsgebot, Durchbrechung 543
- Aufhebungsverlangen 300, 375, 403, 412, 428, 401, 545
- Aufhebungsvorbehalt 300, 395, 398ff.
- Aufopferung 96ff., 256f.
- Ausbrechende Rechtsakte 198f., 325ff., 518, 583 (Fn.143), 606 (Fn.71), s. *ultra-vires-Handeln*

* Nicht berücksichtigt sind Entscheidungen, die nur im Fußnotenbereich Erwähnung gefunden haben.

- Ausfuhr
- Ausfuhr (EG) 521, 561, 572ff., 595
 - Ausfuhrantrag 2 (Fn.9), 264f., 487
 - Ausfuhrbürgschaften 252
 - Ausfuhrgarantien 252, 263
 - Ausfuhrleistung, staatliche 250ff., s. *Hermes-Deckung*
 - Ausfuhrliste 97, 246, 266, 372, 399, 403f., 430, 438, 455f., 458, 521, 522f.
 - Ausfuhrnaher Zeitpunkt 264ff.
 - Ausfuhrisiko 251ff., 256, s. *Risiko*
 - Ausfuhrverordnung (VO 2603/69) 292f., 298, 572ff., 595
 - Ausfuhrvertrag 430
- Ausgestaltungsspielraum 384
- Ausgleichspflichtige Inhaltsbestimmung 508ff., 531
- bergrechtliches Vorkaufsrecht, Entscheidung 498, 510, 512
 - Feldmühlenentscheidung 510
 - Härtefall 511f.
 - Pflichtexemplar-Entscheidung 510, 512
 - salvatorische Entschädigungsklausel 513 (Fn.109)
 - Überleitungsproblematik 509ff., s. *Überleitung*
- Ausländer 165ff., 596, 598, 624
- Ausländische juristische Personen 180ff.
- Auslandsdeutsche 480, 479
- Auslegung
- Auslegungsmethoden 40, 313, 326
 - europarechtskonforme Auslegung/Reduktion 175, 183
 - grundrechtskonforme Auslegung 230
 - harmonisierende Auslegung (EMRK) 138, 578
 - in dubio pro libertate 244f.
 - menschenrechtskonforme Auslegung 139ff.
 - objektiver Auslegungsansatz 228, 331, 518
 - verfassungskonforme Auslegung 141, 371
 - völkerrechtsfreundliche Auslegung 136ff., 203ff., 212ff.
- Ausreisefreiheit 67, 107, 121, 124ff., 129ff., 134f., 140ff., 163, 564
- Aussagegenehmigung 390
- Außenhandelsstatistik 97
- Außenpolitik 2, 221, 248f., 265, 266f., 274, 293, 300, 330, 358ff., 369, 373, 375ff., 379ff., 389f., 394f., 412, 466f., 473f., 476
- Außenpolitische Handlungsfähigkeit 299f., 306, 330, 363, 379ff., 207ff.
- Außenwirtschaftliches Gleichgewicht 1, 237, 274ff.
- Außenwirtschaftliches Risiko s. *Risiko*
- Außenwirtschaftsrechtliche Genehmigung s. *Genehmigung*
- Außervertragliche Haftung 588ff.
- Auswanderungsfreiheit 131 (Fn.715), 132ff.
- Auswärtige Beziehungen, Pflege der 221, 237, 355ff., 467
- Störung 360ff.
- Ausweisung 597, 624
- Bananenmarktordnung 6, 7, 230, 582ff., 605ff.
- Bananenstreit 7, 581ff., 606 (Fn.71), 611, 616
 - Bananen-Beschluß (BVerfG) 230, 518, 551 (Fn.101), 581ff., 606 (Fn.71)
 - Bananenurteil (EuGH) 581ff., 604ff.
 - Panel-Entscheidung (GATT) 611, 612 (Fn.89)
- Bardepotpflicht 289, 291, 299, 428, 545
- Begleitrechte 564, s. *Dienstleistungsfreiheit*
- Beobachtungspflicht 549
- Berufsfreiheit 10, 45f., 49f., 53, 56, 68ff., 105, 111f., 116, 118, 150, 152, 162f., 170ff., 185, 399, 576ff., 597
- Berufsregelnde Tendenz 54, 57, 68ff.
- Beschränkung abgeschlossener Verträge 90, 243, 247, 491ff., 531f.
- gemeinschaftsrechtliche determinierte Beschränkungen 514ff.
- Beschränkungsmöglichkeiten AWG 289ff.
- allgemeine Beschränkungsmöglichkeiten 289ff.
 - besondere Beschränkungsmöglichkeiten 289ff.
 - Beschränkungszwecke 289ff.
 - Konkurrenz 291f.
- Beschränkungstechnik AWG 240, 288f., 430
- Bestandschutz 82, 87, 511, 150, 257, 263, 510f., s. *Vertrauensschutz*
- Bestimmtheit
- Bestimmtheitsgebot, allgemeines 240, 405f., 429, 466ff., 470ff., 476
 - Bestimmtheitsgebot, strafrechtliches 318, 345, 382, 429f., 469
 - Bestimmtheitstrias/Art. 80 Abs.1 S.2 GG 298ff., 389ff., 405f., 466, 468f., 473, 475, 479
 - Gemeinschaftsrecht 568, 574
- Beurteilungsspielraum 337, 382ff., 571, 587, s. *Einschätzungsprärogative*
- Beurteilungsspielraum und Grundrechte 392f.
 - funktionell-rechtlicher Ansatz 393

- rechtstatsächlicher Beurteilungsspielraum 389ff.
- Rechtsschutz 395
- unbestimmter Rechtsbegriff s. *Rechtsbegriff, unbestimmter*
- Gemeinschaftsorgane s. *Ermessensspielraum und Gemeinschaftsorgane*
- Bill of rights 30
- Binnenmarkt (EGV) 560, 572, 574, 598
- Blankettnorm 378
- Bundesausfuhramt 101, 238
- Bundesfinanzverwaltung 238
- Bundesgrenzschutz 238
- Bundesrat, Mitwirkung
 - Bundestreue 414
 - Einspruchsbefugnis 375
 - Mitwirkung 306, 375, 394, 414f., 428, 436f.
 - Selbstpreisgabe des Bundesrates 415f.
 - Zustimmungspflichtigkeit 306, 413ff., 418, 452f.
- Bundesstaatsprinzip 237ff.
- Bundestreue 414
- BVerfG
 - Adria/AWACS/Somalia-Urteil 41 (Fn. 217), 160, 358f., 393f.
 - Annäherungs-Rechtsprechung 209ff., 223, 381, 429
 - Apothekenurteil 11, 68
 - Arbeitnehmerüberlassung 83
 - Ausgleichsabgabe 155
 - Bananen-Beschluß 230, 518, 551 (Fn. 101), 581ff., 606 (Fn. 71)
 - bergrechtliches Vorkaufsrecht 498, 510, 512
 - Berufszugangsprüfungsentscheidungen 384, 389
 - C-Waffen 380, 550, 552
 - Deichordnungsurteil 408
 - Devisenbewirtschaftungsgesetz-Beschluß 68
 - Einheitswertentscheidung 94
 - Elfes-Urteil 10, 14, 19, 28 (Fn. 138), 40, 63, 107, 130
 - Erdölbevorratung 77
 - Eurocontrol-I-Beschluß 193ff., 203
 - Feldmühlenentscheidung 510
 - Grundlagenvertragsurteil 482
 - Investitionshilfe-Urteil 56
 - Kapazitätsverordnungsentscheidung 384
 - Konjunkturzuschlagsurteil 283
 - Lastenausgleichs-Entscheidung 441f.
 - Lüth-Urteil 127, 550
 - Maastricht-Urteil 6, 8, 193ff., 204ff., 225ff., 359, 394, 428, 581f.
 - Mitbestimmungs-Urteil 56, 143
 - Mutzenbacher-Entscheidung 384
 - Nachrüstungsentscheidung 380, 393
 - NaBauskiesungsbeschluß 76, 81, 117, 497, 499, 510, 531
 - Numerus-clausus-Urteil 409
 - Organstreitverfahren 547
 - Pflichtexemplar-Entscheidung 510, 512
 - Preisgesetz-Beschluß 400, 418f.
 - Prüfungsentscheidungen 384, 389
 - Reiten im Walde-Beschluß 14, 25
 - Privatgrundschulentscheidung 382, 384f., 388, 392f., 395
 - Saar-Urteil 209ff.
 - Samarra-Fall 317
 - Sasbach-Beschluß 388
 - Schulausschluß-Entscheidung 303, 305
 - Sexualekundebeschluß 302
 - Solange-I-Beschluß 195ff., 204ff., 225ff.
 - Solange-II-Beschluß 195ff., 205ff., 225ff.
 - Staatsverschuldungsurteil 275, 277
 - Südweststaat-Urteil 154
 - Tierpräparatoren-Urteil 71
 - Weinlagennamen-Entscheidung 75
 - Wiederherstellung der Deutschen Einheit 209
 - Zweitregister-Urteil 192f., 208ff., 380, 552
- BVerwG
 - Verklappungsgenehmigung 86
 - Samarra-Fall 318
- Cassis-Rechtsprechung 294, 562
- Chancen 76, 80ff., 578, s. *Eigentumsfreiheit*
- Clausula rebus sic stantibus 549
- CoCom 341, 353
- C-Waffen-Beschluß 380, 550, 552
- Daseinsvorsorge 281
- Dassonville-Formel 561f.
- Deckungszusage 253, s. *Hermes-Deckung*
- Déclaration des droits de l'homme et du citoyen 31
- Delegation/Delegationsverbot 301, 308, 310, 317, 378, 398, 416, 418ff., 423, 449f.
 - Delegationsschranken 310
 - delegationsrechtliches Bestimmtheitsgebot 313, 315, 407, s. *Parlamentsvorbehalt*
 - konservierende Delegation 416
 - versteckte Delegation 302, 314
- Demokratieprinzip 159, 161, 237, 306, 308, 359, 380, 394, 403, 405ff., 411, 435ff., 448
 - Identitätsformel 238, 435f.
- Depotsatz 545, s. *Bardepotpflicht*
- Devisenbewirtschaftung 8, 10, 68

- Dienstleistungen 45, 50, 93, 108, 120ff., 134, 163, 216, 277, 290, 295f., 477ff., 528, 563, 570, 572, 601
- Dienstleistungsfreiheit 170, 183, 295f., 528, 561, 563f.
- aktive Dienstleistungsfreiheit 563
 - Begleitrechte 564
 - Dienstleistungshandel, Abkommen über (GATS) 600
 - Korrespondenzdienstleistung 295, 563
 - passive Dienstleistungsfreiheit 563
- Diplomatischer Schutz, Anspruch auf 192f.
- Diskriminierungsverbot (GATT) 608
- Diskriminierungsverbote, gemeinschaftsrechtliche 170ff., 563f., 590
- Dispute Settlement Understanding (DSU) 611ff.
- Doppelte Grundrechtsloyalität 197
- Drei-Elemente-Lehre 207, 341
- Drei-Stufen-Modell der Grundrechte 19
- Drei-Stufen-Theorie 105, 305, s. *Apothekenurteil und Stufentheorie*
- Dual-use 477
- Dual-use-Güter 292, 372
 - Dual-use-Verordnung (VO 3381/94) 6, 520, 573ff.
- Dumping 294, 569, 571, 598, 600, 608ff.
- Effektiver Rechtsschutz 148, 228, 385, 391, 470, 473, 538ff., 583 (Fn. 143)
- Effektivität des Gemeinschaftsrechts 68, 200
- Effektivität des Systems kollektiver Sicherheit 327
- Eigentumsfreiheit 73ff., 184, 220, 255, 496ff., 576ff.
- Aufopferung 96ff.
 - Bestandsschutz 87
 - Blinkleuchten-Entscheidung 85
 - Chancen 76, 80ff., 578
 - Einheitswertentscheidung 94
 - Enteignung s. *Enteignung*
 - enteignungsgleicher Eingriff 96f.
 - Erwerbswirtschaftlicher Substanzschutz 88
 - Forderung 90f., 578f., 593
 - Freiheit und Eigentum-Formel 309
 - Geschäftsverbindungen 76, 80ff.
 - Gesetzesvorbehalt 220
 - Gewerbebetrieb, eingerichteter und ausgeübter 74ff., 578
 - Genehmigung, außenwirtschaftsrechtliche 97ff., 257ff., 478ff.
 - - Negativbescheinigung 101ff.
 - - Nullbescheid 101 (Fn. 549)
 - - Voranfrage 101 (Fn. 549)
 - Grundrechtskonkurrenz 103ff.
 - Inhaltsbestimmung s. *Enteignung*
 - Knäckebrötchen-Fall 85
 - Kundenstamm 76, 80ff.
 - Lagevorteil 76, 80ff.
 - Märchenfilm-Entscheidung 85
 - Marktstellung 76
 - Naßauskiesungsbeschuß 76, 81, 117, 497, 499, 510, 531
 - Unternehmensbewertung 78
 - Substitutionsfunktion 95
 - Vermögen 76, 79, 84, 93ff., 107, 152
 - Vertragsbeziehungen in ihrer Gesamtheit 74, 89ff., s. *laufende Verträge*
 - Vertrauensschutz 86ff., s. *Vertrauensschutz*
 - Vorlaufkosten 91f.
 - Wertgarantie 94
- Eilfallkompetenz 459ff., 468, 473, 476, 503, s. *Einzelaktsermächtigung*
- Eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb 74ff., 578
- Einfuhr
- EG 216, 230, 561f., 566, 568ff., 575, 581, 595
 - Einfuhrliste 97, 247, 298, 313, 399, 430ff., 475, 520f., 533, 543ff.
 - Einfuhrverordnung (VO 3285/94) 293, 568f.
 - GATT 600, 608
 - Gemeinsame Einfuhrregelungen 294, 570
- Einheitswertentscheidung 94
- Einreisefreiheit 121, 124ff., 134f., 140, 142, 163, 564, 597, 624
- Einschätzungsprärogative 381ff.
- Ausgestaltungsspielraum 384
 - Berufszugangsprüfungsentscheidungen 384, 389
 - Beurteilungsspielraum 382ff., s. *Beurteilungsspielraum*
 - Kapazitätsverordnungsentscheidung 384
 - Mutzenbacher-Entscheidung 384
 - normative Ermächtigung 385ff.
 - Privatgrundschulentscheidung 382, 384f., 388, 395
 - Sachverständige 389, 396 (Fn. 653), 397
 - Sasbach-Beschluß 388
 - unbestimmter Rechtsbegriff 382ff., s. *Rechtsbegriff, unbestimmter*
- Einzelaktsermächtigung 459ff., 476, 503ff.
- Bestimmtheit 466ff.
 - Eilfallkompetenz 459ff., 468, 473, 476, 503
 - Frist 464f.
 - Gefahrbegriff 466f., 505ff.

- Hängegleiter 440, 459, 473, 503
- Luftbetankung 459
- Sperrwirkung 464
- Superkanone 459
- verordnungsvertretende Verwaltungsakte 462ff.
- wiederholende Einzelfallanordnung 464f.
- Elfes-Urteil 10, 14, 19, 28 (Fn. 138), 40, 63, 107, 130
- Embargo
 - Embargobeschluß, VN-Sicherheitsrat 252, 527
 - Embargokompetenz, gemeinschaftsrechtliche 527ff.
 - Embargokompetenz, nationale 526ff.
 - Embargopraxis, EG 354, 516f., 527 (Fn. 189), 590
 - Embargopraxis, nationale 290, 321, 352ff.
 - Embargorisiko 91f., 222, 249, 252
 - Embargoverstöße 516
 - Erdgasröhrenembargo 353, 403
 - Haiti 328, 350
 - Irak 4, 5, 74, 84, 91f., 96, 245, 251, 255, 268, 305, 342, 350, 399, 477, 511, 515f., 528, 591
 - Iran (Teheraner Geiselnahme) 353
 - Libyen (Lockerbie) 323, 324, 328, 350
 - Ostembargo (strategisches; CoCom) 353
 - Polen-Krise 352
 - Rhodesien 2, 352, 365
 - Serbien/Montenegro 350, 461
 - Sofortmaßnahme 528 (Fn. 193)
 - UdSSR 352
 - VN-Embargo 173, 526, 529f., 532
- EMRK 126, 134f., 137ff., 140, 235, 576, 578f., 593f., 596f.
- Enteignung 94ff., 251, 496ff., 593f.
 - abstrakt-formale Abgrenzung 501ff.
 - ausgleichspflichtige Inhaltsbestimmung 508ff., 531
 - bergrechtliches Vorkaufsrecht, Entscheidung 498, 510, 512
 - enteignungsgleicher Eingriff 96f.
 - Enteignungsschwelle 94f.
 - Feldmühlenentscheidung 510
 - Finalität des Eingriffs 505ff.
 - Gefahrenabwehr 505ff.
 - Güterbeschaffungsvorgang 498, 508
 - Herrschinger-Moos-Entscheidung 504
 - Inhaltsbestimmung 81
 - klassische Enteignung 498
 - Naßauskiesungsbeschluß 76, 81, 117, 497, 499, 510, 531
 - Pflichtexemplar-Entscheidung 510, 512
 - Schwellentheorie 500f. (Fn. 54)
 - Trennungstheorie 500f.
 - Überleitungsproblematik 499f., 509ff., 531, s. *Überleitung*
 - Verhältnismäßigkeit 500f., s. *Verhältnismäßigkeitsgrundsatz*
 - Vertrauensschutz 493f., 500, s. *Vertrauensschutz*
 - völkerrechtliche Zulässigkeit 597
 - Zugriff 507
- Enteignungsgleicher Eingriff 96f.
- Entfaltungsspielraum, unantastbarer angemessener 12, 16, 57ff., 163
- Entschädigung 74, 84, 86, 89f., 94, 96f., 251, 253, 255ff., 495ff., 581, 592f., 597
 - Entschädigungsjunktim 593f.
 - Entschädigungsklausel 495ff.
 - salvatorische Entschädigungsklausel 513 (Fn. 109)
 - Widerruf einer Genehmigung 258, 271
- Entscheidungsprogramm 312, 315, 345, 382, 386, 474
- EPZ-Beschluß 527
- Erdgasröhrenembargo 353, 403
- Erfüllung zwischenstaatlicher Vereinbarungen 294, 298f., 319, 331, 347, 374ff., 428, 475, 530
- Erheblichkeitsschwelle 24, 71f., 90, 243, 333, 356, 360ff., 374, 376f., 389ff., 467, 491, 493ff., 583, 589ff.
- Erlaubnisvorbehalt 358, 487, s. *Genehmigung*
- Ermächtigungsadressat 328 (Fn. 242), 343, 351
- Ermächtigungsgesetz vom 24.3. 1933 311
- Ermächtigungsgesetz s. *Mantelgesetz*
- Ermessen, pflichtgemäßes 253f., 260ff.
- Ermessensspielraum, Gemeinschaftsorgane 566f., 571, 575, 582, 584, 586f., 589, 592
- Ersatzgesetzgebung 452f.
- Erwerbswirtschaftlicher Substanzschutz 88
- EU-Ausländer 170ff.
- EuGH
 - AETR 7
 - Aimé-Richard 292
 - Bananenurteile 581ff., 604ff.
 - Cassis 294, 562
 - Dassonville 561f.
 - Fediol III 604
 - Gravier 172
 - Hauer 593
 - Hoechst 578
 - Isoglukose-Fälle 589
 - ILO-Gutachten 7

- Internationale-Handelsgesellschaften 585
- International Fruit Company 603
- Keck 562
- Klagebefugnis 588
- Leifer 5, 7, 292, 475, 514
- Méthode champenoise 581
- Nakajima 604
- Nichtigkeitsklage 622f.
- NTA 593
- Peine-Salzgitter 580
- Schutz der Außenwirtschaftsfreiheit durch den EuGH 575ff.
- Süderdithmarschen 580
- Vertragsverletzungsverfahren 622
- Vorabentscheidungsverfahren 622
- Werner 5, 7, 292, 475, 514
- WTO-Gutachten 7, 295, 475, 618
- Europäische Verteidigungsgemeinschaft 201
- Europarechtskonforme Reduktion 175, 183
- Evidenzkontrolle 159
- Extraterritoriale Hoheitsausübung 486

- Fabrikationsrisiko 251ff., 263
- Faires Verfahren 397
- Finale Programmierung 379, 411
- Finalität des Eingriffs 21, 52, 505ff.
- Fixgeschäft 269 (Fn.178)
- Force-majeure-Klausel 251, s. *Hermes-Dekung*
- Forderungen aus Verträgen 74, 90f., 255, 496, 498, 508, 514, 531, 578f., 593
- Förderungswürdigkeit 253f., s. *Hermes-Dekung*
- Formentausch 536
- Formstrenge 423ff., 462
- Formtypik 462f., 474
- Fortbewegungsfreiheit 108ff., 142
- Freier Warenverkehr 561ff., 609
- Freiheit des Personenverkehrs 561ff.
- Freizügigkeit 107ff., 170, 186, 238, 295, 562f.
 - Aufenthaltsfreiheit 108ff.
 - Auswanderungsfreiheit 131 (Fn. 715), 132ff.
 - Fortbewegungsfreiheit 108ff., 142
 - Lüth-Urteil 127, s. *Lüth-Urteil*
 - Vermögensmitnahmefreiheit 107ff., 114ff.
 - Offene Staatlichkeit 136ff.
 - Ortswechsel 120ff.
 - Recht auf Heimat 126f.
 - Staatssicherheitsvorbehalt 130
 - Statuslehre 127f.
 - status negativus 127f.
- Fremdenrecht 598, 624
- Fremdenrechtlicher Aktionsspielraum 182

- Friedensbedrohung (VN) 322ff., 349ff.
 - Haiti 322f., 350
 - Irak 350
 - Jugoslawien 322
 - Kurden 323
 - Liberia 322f.
 - Libyen 323f., 350
 - Ruanda 322
 - Serbien-Montenegro 350
 - Somalia 322f.
- Friedensbegriff (VN) 323
- Friedensgebot/Friedenspflicht, verfassungsrechtlich 213, 220ff., 345ff., 467, 529
- Friedliches Zusammenleben der Völker 345ff.
- Funktionell-rechtlicher Ansatz 306, 393ff., 407ff., 473f., 476

- Garantenstellung 422, 548, 551
- GATT 599ff., s. *Welthandelsorganisation*
 - Agreement of Safeguards 608
 - Bananenmarktordnung, Panel-Entscheidung 611, 612 (Fn.89)
 - Dumping 598, 600, 608ff.
 - Individualwirksamkeit 604, 621ff.
 - Inländerbehandlung 600, s. *Inländerbehandlung*
 - Meistbegünstigung 596, 600
 - Schutzmaßnahmen 607ff.
 - Streitbeilegungsverfahren 600, 611ff.
 - Subventionsordnung (ASCM) 609f.
 - Subventionsverbot 600
- Gebietsansässigkeit 478f.
- Gebietsausschließlichkeit 483, s. *Gebietshoheit*
- Gebietsbezogenheit der Genehmigung 486ff.
- Gebietshoheit 191, 193, 481ff., 492
- Gebot der praktischen Wirksamkeit 525
- Gefahrbegriff 466ff.
- Gefahrenabwehr 505ff.
- Geheimhaltung 390, 396f.
- Geltungsbereich, räumlicher/territorialer 200, 208, 481ff.
- Gemeinsame
 - Agrarpolitik (GAP) 560, 565ff., 569, 573, 575, 581
 - Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) 6f., 527, 529f., 532, 573f.
 - Einfuhrregelungen 294, 570
 - Handelspolitik 292, 295ff., 528, 567ff.
 - Marktordnung 565f., s. *Bananenmarktordnung*
 - Verfassungskommission 198, 227f., 232

- Gemeinsamer Markt 560
 Gemeinsamer Zolltarif 561
 Gemeinschaftsgrundrechte 575ff.
 – Berufsfreiheit 576ff.
 – Eigentumsfreiheit 576ff.
 – Einschränkungbarkeit 579
 – Forderungen aus laufenden Verträgen 578f., 593
 – Gemeinschaftsvorbehalt 579ff., 589
 – Handelsfreiheit 577
 – Verhältnismäßigkeit 579f., 582, 584f., s. *Verhältnismäßigkeitsgrundsatz*
 – Wirtschaftliche Betätigungsfreiheit 577
 – Wesensgehalt 579ff.
 – Wettbewerbsfreiheit 577
 Gemeinschaftsorgane, Ermessensspielraum 566f., 571, 575, 582, 584, 586f., 589, 592
 Gemeinschaftspräferenzen 566
 Gemeinschaftsrechtliche Beschränkungen 514ff.
 Gemeinschaftsrechtliche Embargokompetenz 527ff.
 Gemeinschaftsrechtliches Wiederholungsverbot 519ff.
 Gemeinschaftstreue 174, 205
 Gemeinschaftsvorbehalt 579ff., 589, 595
 Gemeinwohlvorbehalt 214ff., 589
 Genehmigung, außenwirtschaftsrechtliche 74, 97ff., 241ff., 257ff., 305, 317, 334, 344, 361, 398, 430ff., 441, 459ff., 470, 478ff., 493ff.
 – allgemeine Genehmigung 259
 – Ausfuhrantrag 2 (Fn.9), 265, 487, 493
 – ausfuhrnaher Zeitpunkt 264ff.
 – Gebietsbezogenheit 486ff.
 – Genehmigungsvorbehalt 241, 361, 430, 493f., s. *Erlaubnisvorbehalt*
 – Genehmigungsstelle/-behörde 383, 413, 430, 432, 493ff.
 – Nebenbestimmungen 258ff.
 – – Bedingung 259, 266
 – – Befristung 258ff., 260ff.
 – – Widerrufsvorbehalt 258ff., 263f.
 – – Zulässigkeit 259f.
 – Negativbescheinigung 101ff., 258, 260, 266, 271
 – Nullbescheid 101 (Fn.549)
 – Sammelgenehmigung 267 (Fn.169)
 – Verwaltungsverfahren 98ff., 264ff.
 – volkswirtschaftliches Interesse 244, 264, 267, 334f., 495
 – Voranfrage 101 (Fn.549)
 – Widerruf 258ff., 266ff.
 Generalklausel 80, 135, 266, 302, 314, 430, 466, 469, 473, 476, 472f., 538
 Genuine-link-Erfordernis 485f.
 Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht 273ff.
 Geschäftsordnung Bundestag 402, 436
 – Legitimationssicherung 402
 Geschäftsverbindungen 76, 80ff., 83
 Gesetzesändernde Rechtsverordnungen 432ff., 475f.
 Gesetzesvollziehungsanspruch 283
 Gesetzesvorbehalt 24, 28, 32, 37, 109, 117, 120, 124, 131, 220, 245, 304, 308ff., 386, 471ff.
 Gesetzgeberische Gestaltungsfreiheit 158ff., 552f., s. *judicial self-restraint*
 Gesetzgebungskompetenzen 238, 356, 413
 Gesetzliche Formstrenge 423ff., 462
 Gestaltungsfreiheit des Verordnungsgebers s. *Verordnungsermessen*
 Gestaltungsfreiheit, gesetzgeberische 158ff., 552f., s. *judicial self-restraint*
 Gewaltenmonismus 159f., 306, 407
 Gewaltenteilungsprinzip 218, 308, 314, 358, 393ff., 407, 418ff., 439f., 445ff., 451, 458, 537
 Gewerbebetrieb, eingerichteter und ausgeübt 74ff., 578
 Gleichheitsgrundsatz 153ff., 186, s. *Diskriminierungsverbot*
 – Willkür-Formel 154ff.
 – Südweststaat-Urteil 154
 – ‚Neue‘-Formel 156ff.
 – Evidenzkontrolle 159
 – Judicial self-restraint 159ff., 313
 Globalsteuerung 283
 Grandfather-Klausel 614
 Grauzonenmaßnahmen 608
 Grundfreiheiten (EG) 561ff.
 Grundlagenvertragsurteil 482
 Grundpflichten 214ff.
 Grundrechtsbindung der EGen 193ff., 564f., 575ff.
 Grundrechtsgehalte, objektiv-rechtliche 550
 Grundrechtsgeltung 189ff.
 Grundrechtskonkurrenz 55f., 103ff., 119, 166
 Grundrechtsloyalität, doppelte 197
 Grundrechtsoktroi/-imperialismus 191f., 212
 Grundrechtsrelevanz 240, 302ff., 380, 392f., 395, 399, 410f.
 Grundrechtsschutz durch Verfahren und Organisation 392, 407ff.
 Güterbeschaffungsvorgang 498, 508

- Haftung (EG)
 – außervertragliche Haftung 588ff.
 – für normatives Handeln 588ff.
 – für rechtmäßiges Handeln 591ff.
 Handelsfreiheit 48, 577, 596
 Handelspolitik 292, 295ff., 567ff.
 Handlungsfreiheit
 – allgemeine s. *allgemeine Handlungsfreiheit*
 – der Exekutive 299f., 306, 363, s. *außenpolitische Handlungsfähigkeit*
 – völkerrechtliche 202
 Hängegleiter 440, 459, 473, 503
 Härtefallregelung 511f., 531
 Haushaltsinteresse 580
 Haushaltsrechtliche Zulässigkeit 253, 256
 Hermes-Deckung 250ff., 263
 – Ausfuhrbürgschaften 252
 – Ausfuhrgarantien 252
 – Ausfuhrisiko 251ff., 256
 – Deckungszusage 253
 – Embargorisiko 91f., 252
 – Fabrikationsrisiko 251ff., 263
 – Förderungswürdigkeit 253f.
 – haushaltsrechtliche Zulässigkeit 253, 256
 – politisches Risiko 251ff.
 – Selbstbehalt 252
 Hoheitsakte mit Auslandsbezug
 – völkerrechtliche Zulässigkeit 191ff., 481ff.
 – pacta sunt servanda 202
 Hypothekentheorie 197ff.
- Identitätsformel 435f.
 Identitätsthese 309ff.
 Imhausen/Rabta (Libyen) 97, 477
 In dubio pro libertate-Auslegungsregel 244f.
 Individualschutz, völkerrechtlicher Mindeststandard 169, 223, 596ff., 624
 Individualwirksamkeit völkerrechtlicher Verträge 604, 621ff.
 Informationsverpflichtung der Außenwirtschaftsteilnehmer 469f. (Fn.1026), 587
 Inhaltsbestimmung 81, 365, 496ff., 501ff.
 Inländerbehandlung, Prinzip der 174, 563, 572 (Fn.79), 600
 Inländische juristische Personen 176ff.
 Innerstaatlicher Rang des Völkerrechts 136ff., 213
 Innominatfreiheit 54ff., 107, 149, 151f., 163
 Internationale Sicherheit s. *Friedensbedrohung*
 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbpR) 596f.
 Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IPwskR) 134f., 596f.
- Internationales Wirtschaftsrecht 598ff.
 Interventionsverbot 327, 482ff.
 Irak-Embargo 4, 5, 84, 91, 245, 251, 255, 268, 305, 342, 399, 477, 511, 515f., 528, 591
 Judicial self-restraint 159ff., 313, 552f., s. *ausbrechende Rechtsakte*
 Juristische Personen 176ff.
 – inländische juristische Personen 176ff.
 – juristische Personen aus EU-Mitgliedstaaten 183ff.
 Justizfreier Hoheitsakt 214
- Kapitalverkehrsfreiheit 564
 Kassationsvorbehalt 307, 398ff., 475f., 546, s. *Revokationsrecht*
 Kernbereichsschutz 57ff., 420f., 424, 439f., 537
 Koalitionsfreiheit 142
 Kollektive Sicherheit 342
 Kompensation 379, 392, 400ff., 404ff., 475
 Komplexität der Regelungsmaterie 355, 378f., 389, 428f.
 Konditionale Programmierung 411
 Konjunkturzuschlagsurteil 283
 Konkurrenzen
 – Beschränkungsermächtigungen 289, 350f., 373ff.
 – Grundrechte 55f., 103ff., 119, 166
 – Meist-Betroffenheits-Theorie 104
 Konsensprinzip 611ff., 620
 Konservierende Delegation 416
 Konzentrationswirkung 544
 Kooperationsverhältnis 194ff., 229
 Korrekturpflicht 549
 Korrespondenzdienstleistungsfreiheit 295, 563
 Kundenstamm 76, 80ff., 83
- Lagevorteil 76, 80ff.
 Lastenausgleichs-Entscheidung 441f.
 Laufende Verträge 89ff., 491ff., 531, 578, 593
 Legitimationssicherung durch Geschäftsordnung 402
 Lotus-Fall (StIGH) 483f.
 Luftbetankung 459
 Lüth-Urteil 127, 550
- Maastricht-Urteil 6, 8, 193ff., 204ff., 225ff., 394, 428, 581f.
 Magisches Viereck 273ff.
 Mantelgesetz 299, 312, 340, 459, 464f., 474, s. *Rahmengesetz*
 Marktstellung 76, 80ff.

- Meistbegünstigung 596, 600
 Meist-Betroffenheits-Theorie 104
 Menschenrechtskonforme Auslegung 139ff.
 Menschenwürde 19, 24, 26f., 41, 59, 63ff., 71, 164, 168, 409, 597, s. *Objektformel*
 Mindeststandard, völkerrechtlicher Individualschutz 169, 223, 596ff., 624
 Mitwirkung 227
 – des Bundestages 300, 306f., 358, 394, 400ff., 406f., 417, 421ff., 425ff., 463, 468, 474, 476, s. *Mitwirkungsvorbehalt*
 – des Bundesrates 306, 375, 394, 412ff.
 Mitwirkungsvorbehalt 417, 406, 427ff., s. *Zustimmungsvorbehalt*

 Nachbesserungspflicht 380, 549
 Nachrüstungsentscheidung 380, 393
 Naßauskiesungsbeschluß 76, 81, 117, 497, 499, 510, 531
 Nationale Ausführungsvorschriften 515ff.
 – EG-Recht wiederholend 515ff.
 – deklaratorische Bedeutung 516ff.
 – konstitutive Bedeutung 516ff.
 Nationale Embargokompetenz 526ff.
 Nationale Sicherheitsinteressen 294, 240
 Natürliche Personen 166ff.
 Nebenbestimmungen 258ff., s. *Genehmigung*
 – Bedingung 259, 266
 – Befristung 258ff., 260ff.
 – Widerrufsvorbehalt 258ff., 263f.
 – Zulässigkeit 259f.
 Negativbescheinigung 101ff., 258, 260, 266, 271
 Negierungskompetenz der Bundesregierung 375
 Neue Formel 156ff.
 Neues Handelspolitisches Instrument (NHI) 294, 570
 Nichtigkeitsklage (EG) 622f.
 Niederlassungsfreiheit 170, 183, 295, 562f.
 Normativität, strenge 379, 427
 Normenhierarchie 81, 136, 445
 Normenklarheit 406, 470ff.
 Normenkontrolle, verwaltungsgerichtliche 537ff.
 Normerlaßklage 538f., 543
 Notverordnungsrecht (WRV) 426
 Nullbescheid 101 (Fn. 549)
 Numerus-clausus-Urteil 409

 Objektformel 59, 216f., 409
 Offene Staatlichkeit 136ff., 212ff.
 Öffentliche Sicherheit 292f., 487

 Organstreitverfahren 547
 Ortswechsel 109, 120ff., 142
 Ostembargo (strategisches; CoCom) 353

 Parlamentsbeschluß, schlichter 394, 545ff.
 Parlamentsloses Parlamentsgesetz 435ff., 476
 Parlamentsvorbehalt 237, 240, 298ff., 301ff., 366, 392, 398ff., 411, 454, 471, 475
 – Identitätsthese 309ff.
 – Stufung 411
 – Wesentlichkeitstheorie s. *Wesentlichkeitstheorie*
 Peine-Salzgitter 580
 Personalitätsprinzip, absolutes aktives 486, 489
 Personenverkehrsfreiheit 561ff.
 Persönlichkeitsentfaltung 14ff., 41
 Persönlichkeitskerntheorie 15, 18 (Fn. 68), 21f., 29
 Pflichtexemplar-Entscheidung 510, 512
 Pflichtgemäßes Ermessen 253f., 260ff.
 Plangewährleistung 84, 248, 255f.
 Politisches Risiko 251ff., s. *Hermes-Deckung und außenwirtschaftliches Risiko*
 Präambel 136, 194f., 213, 324, 347f., 346, 351, 481, 516
 Präventives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt s. *Erlaubnisvorbehalt* und *Genehmigung*
 Preisgesetz-Beschluß 400, 418f.
 Prinzip der Inländerbehandlung 174, 563, 572 (Fn. 79), 600
 Prognose 262, 336f., 389ff., 395, 607
 – Beurteilungsspielraum 337, 382ff., s. *Beurteilungsspielraum*
 – Prognoseermächtigung 336
 – Prognosekompetenz 337
 – Prognoserisiko 262, 336
 – Prognose(un)sicherheit 336
 – unbestimmter Rechtsbegriff s. *Rechtsbegriff, unbestimmter*
 Prozeßgrundrechte 182f.

 Rabta/Libyen (Imhausen) 97, 477
 Rahmengesetz 299, 340, 406, 429, 475f., s. *Mantelgesetz*
 Räumlicher Geltungsbereich 481ff.
 Recht auf Heimat 126f.
 Rechtsbegriff, unbestimmter 81, 302f., 314, 318, 343, 357, 362, 372, 381ff., 409, 426, 434, 466, 469, 472
 Rechtssicherheit 245ff., 401, 445, 470ff., 495, 508, 513, 520, 522, 525, 531, 585ff., s. *Vertrauensschutz*

- Rechtsstaatsprinzip 32f., 63, 98, 138f., 161, 239ff., 304, 307f., 363, 376ff., 386, 392, 397f., 405f., 423, 426, 436, 439, 445ff. 456, 460, 469, 471, 589
- Rechtsverordnung 288ff.
– gesetzesändernde 432ff., 475
- Rechtswegerschöpfung 540f.
- Reduktion, europarechtskonforme 175, 183
- Retorsion 332ff., 376
- Revokationsrecht 439, 545f., 548, s. *Kassationsvorbehalt*
- Rhodesien-Embargo 2, 352, 365
- Richtlinie
– EG 226, 294, 320, 514f., 531
– der Politik 358
– unmittelbare Wirkung 514f.
- Risiko 84f., 222f., 236, 250ff., 256, 590f., 594
– Absatzrisiko 91
– Ausfuhrisiko 251ff., 256
– Embargorisiko 91f., 252
– Fabrikationsrisiko 251ff., 263
– politisches Risiko 251ff.
– Prognoserisiko 262, 336
– Risikobereich 96, 497
– Risikoversorge 250ff., s. *Hermes-Deckung*
– – Hermes-Deckung 250ff., 263
– – force majeure-Klausel 251
- Rücknahme 257f., 269, 271f.
- Rückwirkung 240, 249, 255, 491ff., 499f., 586, s. *Rechtssicherheit und Vertrauensschutz*
- Runderlaß 268f.
- Sachlicher Anwendungsbereich 292, 484, s. *Anwendungsbereich*
- Sachverständige 389f., 396 (Fn.653), 397f., 450
– Sachverständige Zeugen 390
- Salvatorische Entschädigungsklausel 513 (Fn.109)
- Samarra-Fall 3, 5, 318, 366
- Sammelgenehmigung 267 (Fn.169)
- Schlichter Parlamentsbeschluß 394, 545ff.
- Schutzmaßnahmen
– GATT 607ff.
– EG 294, 569ff.
– – Antidumpingverordnung (ADV) 294, 569, 571
– – Antisubventionsverordnung (ASV) 294, 570
– – Neues Handelspolitisches Instrument (NHI) 294, 570
- Schutznormtheorie 279f., 535, 542
- Schutzpflicht 71, 550ff., 569 (Fn.61)
- Schwellentheorie 500f. (Fn.54), 510
- Schweretheorie 500f. (Fn.54), 510
- Sechs-Tage-Krieg 342
- Selbstbehalt 252, s. *Hermes-Deckung*
- Selbstentmachtungsvorbehalt
– Bundestag 313, 331, 415f., 462, 468
– Bundesrat 415f.
- Selbstentscheidungsformel 310f., 314ff., 406, 474
- Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland 340ff.
- Sicherheitsinteressen, nationale 216, 294
- Sicherheitspolitik s. *Außenpolitik*
- Sitztheorie 177ff.
- Solange-III-„Entscheidung“ 581
- Sonderopfer 97, 256f., 590f.
- Sonderopfertheorie 500f. (Fn.54), 510, 590f.
- Souveränität 193, 202, 207, 234, 327, 482ff., 596, 619
– territoriale 482ff.
– Volkssouveränität 435f.
- Sozialstaatsprinzip 63, 139, 219, 237, 272ff.
- Sperrwirkung des § 2 Abs.2 S.3 AWG 464f.
- Staatenverbund 207
- Staatliche Wachstumsvorsorge 273
- Staatsicherheitsvorbehalt 130
- Staatsverschuldungsurteil 277
- Staatszielbestimmung 347
- Status negativus 127f.
- Statuslehre 127f.
- Störung der auswärtigen Beziehungen 360ff.
– eigene Interessen 360ff.
- Strategisches Ostembargo (CoCom) 353
- Strenge Normativität 379, 427
- Struktursicherungsklauseln 227
- Stufentheorie 305, s. *Drei-Stufen-Theorie*
- Subsidiaritätsprinzip 205
- Substitutionsfunktion 95
- Subventionen 153, 294, 566, 570, 598, 600, 609f., 613
- Südweststaat-Urteil 154
- Superkanone 459
- Systemakzeptanz 472
- Systematik des AWG 240f., 289ff.
- Tabakrichtlinie 226
- Territoriale Souveränität 482ff.
- Territorialer Geltungsbereich 481ff., s. *Geltungsbereich*
- Tradition 308f., 425ff.
- Träger der Außenwirtschaftsfreiheit 165ff.
– Ausländer 165ff.
– ausländische juristische Personen 180ff.

- Bürger-(Grund-) Rechte 165f.
- Deutschen-Grundrechte 165ff.
- EU-Ausländer 170ff.
- fremdenrechtlicher Aktionsspielraum 182
- inländische juristische Personen 176ff.
- Jedermann-Grundrechte 166ff.
- juristische Personen 176ff.
- juristische Personen aus EU-Mitgliedstaaten 183ff.
- natürliche Personen 166ff.
- Prozeßgrundrechte 182f.
- Sitztheorie 177ff.
- wesensmäßige Anwendbarkeit 184ff.
- Transformationsermächtigung 294, 514
- Trennungstheorie 500f., 510
- Tübinger Vertrag 115

- Überlagerung, gemeinschaftsrechtliche 291ff.
- Überleitung 249ff., 254ff., 499f., 509ff., 531, 587 (Fn. 171), 593
- Übermaßverbot s. *Verhältnismäßigkeitsgrundsatz*
- Ultra-vires-Handeln 198f., 325ff., 518, 606 (Fn. 71), s. *ausbrechende Rechtsakte*
- Unantastbarer angemessener Entfaltungsspielraum 12, 16, 57ff., 163
- Unbestimmte Rechtsbegriffe s. *Rechtsbegriff, unbestimmter*
- Unionsbürgerschaft 172
- Unmittelbare Anwendbarkeit
 - Gemeinschaftsrecht 522, 531
 - GATT 601ff.
 - - Bananenurteile 604ff.
 - - Fediol III 604
 - - Grandfather-Klausel 614
 - - Individualwirksamkeit 604, 621ff.
 - - International Fruit Company 603
 - - Méthode champenoise-Urteil 581
 - - Mulder-II 589
 - - Nakajima 604
- Unmittelbare Wirkung von Richtlinien 514f.
- Untermaßverbot 552 (Fn. 110)
- Unternehmensbewertung 78
- Unternehmer-/Unternehmensfreiheit 11ff., 43, 45ff., 66f.
- Untersuchungsmaxime 99, 389

- Verantwortungszurechenbarkeit 421ff., 548
- Vereinigungsfreiheit 142ff., 186
 - demokratische Dimension 175
 - Doppelgrundrecht, Lehre vom 145ff., 186
 - Gefährdungslage, grundrechtstypische 147f.
 - Mitbestimmungsurteil 143f.
 - personales Substrat 146ff.
- Verfassungskonforme Auslegung 141, 371
- Verfassungsvorbehalt 330
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz 24, 53, 157f., 240ff., 254f., 264, 283, 305, 317, 386, 460, 472, 491, 500f., 511, 542, 579f., 582, 584f., 587, 594, 609
- Verklappungsgenehmigung 86
- Vermögen 76, 79, 84, 93ff., 107, 152
- Vermögensmitnahmefreiheit 107ff., 114ff.
- Verordnung (EG) 514ff., 531, s. *Einfuhr- und Ausfuhrverordnung*
- Verordnungsautonomie 419
- Verordnungsermessen 344, 383f.
- Verordnungsvertretende Verwaltungsakte 462ff.
- Verordnungsvorbehalt 438ff., 545, 458
- Vertrag, völkerrechtlicher s. *völkerrechtlicher Vertrag*
- Vertrag, Vorlaufkosten 91f., s. 255
- Vertragsabschluß 91
- Vertragsanbahnung 91
- Vertragsbeziehungen in ihrer Gesamtheit 74, 89ff.
- Vertragsfreiheit 10, 13, 45ff., 56f., 66f., 149ff., 163
- Vertragsverletzungsverfahren (EG) 622
- Vertrauensschutz 86ff., 245ff., 263, 401, 493f., 500, 511, 575, 585ff., 588f., 595
 - Ausfuhrbürgschaften 252
 - Ausfuhrgarantien 252
 - außenwirtschaftliche Genehmigung 97ff., 257ff., s. *Genehmigung*
 - außenwirtschaftliches Risiko 222f., 250ff., 256, 591, 594, s. *Risiko*
 - - Ausfuhrisiko 251ff.
 - - Embargorisiko 91f., 252
 - - Fabrikationsrisiko 251ff.
 - - politisches Risiko 251ff.
 - Deckungszusage 253
 - Gemeinschaftsrecht 575, 585ff., 588ff., 595
 - Plangewährleistung 248, 255f.
 - Rückwirkung 240, 249, 255, 492f., 499f., 586
 - Risikovorsorge 250ff., s. *Hermes-Deckung*
 - - Hermes-Deckung 250ff.
 - - force majeure-Klausel 251
 - Überleitung 249ff., 254ff., 499f., 509ff., 531, 587 (Fn. 171), 593
 - Voraussehbarkeit 248ff., 404ff. 586f.
- Verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle 537ff.

- Verwaltungsverfahren 98ff., 264ff., 409, 411, 489, 493, 495
- Voranfrage 101 (Fn.549)
- Verwaltungsvorschrift 269, 442, 523
- Verwerfungskompetenz 445
- Völkergewohnheitsrecht, wirtschaftsrechtliches 596
- Völkerrecht, innerstaatlicher Rang 136ff., 213
- Völkerrechtliche Handlungsfreiheit 202
- Völkerrechtlicher Mindeststandard des Individualschutzes 169, 223, 596ff., 624
- Völkerrechtlicher Vertrag 201ff., 210, 214, 223f., 235f., 319, 320, 325, 329f., 351, 354, 358f., 374f., 380, 394, 475f., 596ff.
- Abschluß 202, 223, 330
 - Gründungsvertrag 201ff.
 - Individualwirksamkeit 601ff., 604, 621ff.
 - innerstaatlicher Rang 136ff., 213
 - unmittelbare Anwendbarkeit 601ff.
 - Vorbehalt 203, 330, 475
- Völkerrechtsfreundliche Auslegung 136ff., 203ff., 212ff.
- Volkswirtschaftliches Interesse 244, 264, 267, 334f., 495
- Vollzugsermächtigung 319
- Vorabentscheidungsverfahren (EG) 622
- Voranfrage 101 (Fn.549)
- Voraussehbarkeit 248ff., 321, 404ff., 429, 493, 586f.
- Voraussehbarkeitsformel 404ff.
- Vorbehalt
- Änderungsvorbehaltverordnung s. *Änderungsvorbehaltverordnung*
 - Aufhebungsvorbehalt s. *Aufhebungsvorbehalt*
 - Erlaubnisvorbehalt s. *Erlaubnisvorbehalt*
 - Genehmigungsvorbehalt 241, 361, 430, s. *Erlaubnisvorbehalt*
 - Gemeinschaftsvorbehalt s. *Gemeinschaftsvorbehalt*
 - Gemeinwohlvorbehalt s. *Gemeinwohlvorbehalt*
 - Gesetzesvorbehalt s. *Gesetzesvorbehalt*
 - Kassationsvorbehalt s. *Kassationsvorbehalt*
 - mitgliedstaatlicher Vorbehalt 291
 - Mitwirkungsvorbehalt s. *Mitwirkungsvorbehalt*
 - Parlamentsvorbehalt s. *Parlamentsvorbehalt*
 - Rechtssatzvorbehalt s. *Rechtssatzvorbehalt*
 - Selbstentscheidungsvorbehalt s. *Selbstentscheidungsvorbehalt*
 - Staatssicherheitsvorbehalt s. *Staatssicherheitsvorbehalt*
 - Verfassungsvorbehalt s. *Verfassungsvorbehalt*
 - Verordnungsvorbehalt s. *Verordnungsvorbehalt*
 - völkerrechtlicher Vorbehalt (Vertrag) 330, 475
 - Vorbehalt des Gesetzes 240, 269, 309, 380
 - Wesentlichkeitsvorbehalt 310, s. *Wesentlichkeitstheorie*
 - Widerrufsvorbehalt s. *Widerrufsvorbehalt*
 - Zustimmungsvorbehalt s. *Zustimmungsvorbehalt*
- Vorhersehbarkeit 321, 324, 407, 586
- Vorhersehbarkeitsformel 316, 404ff., 473
- Vorlaufkosten 91f.
- Vorrang
- des Gemeinschaftsrechts 172ff., 197f., 200, 204, 207, 225, 228, 230, 236, 525, 531, s. *Anwendungsvorrang*
 - des Gesetzes 240, 416, 424, 437, 440, 442ff.
 - des nationalen Rechts 202
 - des WTO-Rechts 603ff.
- Wachstumsvorsorge, staatliche 273
- Wahrung des Weltfriedens 321ff., 346
- Warenverkehrsfreiheit 561f.
- Weltfrieden s. *Friedensbedrohung*
- Welthandelsorganisation (WTO) 599ff., s. *GATT*
- GATS-Abkommen 599
 - GATT 599ff.
 - Schutzmaßnahmen 607ff.
 - Streitschlichtungsmechanismus (DSU) 599f., 611ff.
 - Subventionsordnung (ASCM) 609f.
 - TRIPs-Abkommen 599
 - Vorrang des WTO-Rechts 603ff.
- Wertgarantie 94
- Wertsystem des Grundrechtsteils des GG, geschlossenes 19f., 26ff., 163, 167
- Wesensgehalt 58ff., 194, 211, 223ff., 579ff.
- Wesensmäßige Anwendbarkeit 184ff.
- Wesentlichkeitstheorie/-lehre 237, 240, 300ff., 380f., 386, 392, 399, 404, 407, 471
- Gesetzesvorbehalt 304, 308ff., 471, s. *Gesetzesvorbehalt*
 - Grundrechtsrelevanz 240, 302ff., 380, 392f., 395, 399, 410f.
 - Rechtssatzvorbehalt 303

- Schulausschluß-Entscheidung 303, 305
- Sexualekundebeschluß 302
- Wettbewerb
 - Wettbewerbsfreiheit 13, 45ff., 57, 66f., 151ff., 159, 162, 561, 569, 577
 - Wettbewerbsgleichheit 561, 574f., 608
 - Wettbewerbsstörung 331ff.
 - Wettbewerbsverfälschungen 561, 574f.
- Widerruf 258ff., 266ff.
 - durch Verordnung 267ff.
 - Entschädigung 271
 - Widerrufsvorbehalt 258ff., 263ff.
- Wiederholende Einzelfallanordnung 464f., s. *Einzelaktsermächtigung*
 - Junktim 465, 467
 - Sperrwirkung 464f.
- Wiederholungsverbot, gemeinschaftsrechtliches 519ff.
- Willkür-Formel 154ff.
- Wirkkraft der Grundrechte 189ff.
 - Annäherungs-Rechtsprechung 209ff., 223, 381, 429
 - ausbrechende Rechtsakte 198f., s. *ausbrechende Rechtsakte*
 - auswärtige Beziehungen, Pflege der 221, 237, s. *auswärtige Beziehungen*
 - Außenpolitik 221f., 248, 265f., 274, s. *Außenpolitik*
 - diplomatischer Schutzanspruch 192f.
 - Effektivität des Gemeinschaftsrechts 68, 200
 - Eurocontrol-I-Beschluß 193ff., 203
 - Friedenspflicht/Friedensgebot 213, 220ff., s. *Friedensgebot*
 - Gebietshoheit 191, 193, s. *Gebietshoheit*
 - Gemeinsame Verfassungskommission 198, 227f., 232
 - Gemeinschaftstreue, Grundsatz der 205, 174
 - Gemeinschaftsvorbehalt 579ff., 589, 595
 - Gemeinwohlvorbehalt 214ff., 595
 - Grundpflichten 214ff.
 - Grundrechtsbindung der EGen 193ff., 564f., 575ff.
 - Grundrechtsloyalität, doppelte 197
 - Grundrechtsoktroi/-imperialismus 191f., 212
 - Hypothekentheorie 197
 - justizfreier Hoheitsakt 214
 - Kooperationsverhältnis 194ff., 229
 - Maastricht-Urteil 193ff., 204ff., 225ff., s. *Maastricht-Urteil*
 - Mindeststandard, völkerrechtlicher 223, s. *Mindeststandard*
 - Reichweite und Grenzen 189ff.
 - Risikogedanke 222f., s. *Risiko*
 - Saar-Urteil 209ff.
 - Staatenverbund 207
 - Solange-I-Beschluß 195ff., 204ff., 225ff.
 - Solange-II-Beschluß 195ff., 205ff., 225ff.
 - Struktursicherungsklauseln 227
 - Subsidiaritätsprinzip 205
 - Tabakrichtlinie 226
 - völkerrechtsfreundliche Auslegung 203ff., 212ff., s. *Auslegung*
 - Vorrang des Gemeinschaftsrechts 197f., 204, 207, 172ff., s. *Vorrang*
 - Wesensgehalt 223ff., s. *Wesensgehalt*
 - Zweitregister-Urteil 208ff., 192ff., 380, 552
- Wirtschaftliche Betätigungsfreiheit 52, 72f., 577
- Wirtschaftsfreiheit 10ff., 577
- Wirtschaftsrecht, internationales 598ff.
- Wirtschaftszweig 290, 331ff., 376, 569f., 591, 608
- WTO 599ff., s. *Welthandelsorganisation*
- Zahlungsverkehrsfreiheit 564
- Zentralverwaltungswirtschaft 338f.
- Zoll
 - Zollabbau 567, 600
 - Zollbehörden 238, 460
 - Zollkodex 561
 - Zollrecht 1, 400, 431f. (Fn.823), 561, 598
 - Zollsatz 85
 - Zollstelle 101
 - Zolltarif, gemeinsamer 561
 - Zollunion 561
- Zustimmungsverordnungen 399ff., 405ff., 418ff., 426ff., 475
- Zustimmungsvorbehalt 398ff., 411, 424, 453, 475
- Zweistufentheorie 253
- Zweitregister-Urteil 192f., 208ff., 380, 552

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Alphabetisches Verzeichnis

- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3*.
Böhm, Monika: Der Normmensch. 1996. *Band 16*.
Brenner, Michael: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*.
Classen, Claus Dieter: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13*.
Danwitz, Thomas von: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17*.
Detterbeck, Steffen: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11*.
Di Fabio, Udo: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8*.
Enders, Christoph: Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27*.
Epping, Volker: Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32*.
Gröschner, Rolf: Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4*.
Häde, Ulrich: Finanzausgleich. 1996. *Band 19*.
Heckmann, Dirk: Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28*.
Hermes, Georg: Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29*.
Holznapel, Bernd: Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18*.
Huber, Peter-Michael: Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1*.
Korioth, Stefan: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23*.
Kluth, Winfried: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26*.
Lehner, Moris: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
Lücke, Jörg: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.
Manssen, Gerrit: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
Masing, Johannes: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30*.
Morlok, Martin: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
Oeter, Stefan: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33*.
Pauly, Walter: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7*.
Puhl, Thomas: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
Reinhardt, Michael: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24*.
Rozek, Jochen: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31*.
Schulte, Martin: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
Sobota, Katharina: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.
Sodan, Helge: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*.
Sommermann, Karl-Peter: Staatsziele und Staatszielbestimmung. 1997. *Band 25*.
Trute, Hans-Heinrich: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
Ziekow, Jan: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne von
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>*

Mohr Siebeck

